



MuslimDebate 2.0
GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN



Demokratiefeindlichkeit in Deutschland

Zwischen Verschwörungsideologien und Desinformation

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



**Deutsche
Islam
Konferenz**



Alhambra Gesellschaft e.V.

Impressum

Alhambra Gesellschaft e.V.

Postfach 21 02 16

10502 Berlin

Eingetragen am Amtsgericht Köln, VR 19469

Kontakt:

E-Mail: info@alhambra-gesellschaft.de

Webseite: www.alhambra-gesellschaft.de

Twitter: twitter.com/Alhambra_eV

Instagram: www.instagram.com/alhambragesellschaft

Facebook: www.facebook.com/AlhambraGesellschaft

Inhalt:

Vorwort

Kamingespräch mit Patrick Bahners und Ruprecht Polenz

Falsche Freunde und echte Feinde: Die Rechte und ihr Verhältnis zu Judentum und Israel / Von Monty Ott

Der Rechtsextremismus als größte Gefahr für unsere Demokratie. Akteure, Mechanismen und Strategien / Von Mathieu Coquelin

Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und Handlungsempfehlungen

Podiumsdiskussion: Demokratiefeindlichkeit in Deutschland

Vorwort

Das Projekt MuslimDebate 2.0 will den innermuslimischen Diskurs über religiöse, soziale und politische Fragen weiter vorantreiben, gesamtgesellschaftliche Diskurse über Fragen und Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft aufgreifen, aber auch neue Debatten in verschiedenen Kreisen anstoßen, indem es heikle Themen anspricht und sich nicht davor scheut, den Finger in die Wunde zu legen. Muslimische (und migrantische) Communities sollen ihre Positionen zu zentralen gesellschaftlichen Themen in Deutschland reflektieren, mit nicht-muslimischen Akteur:innen der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen und sich in soziale und politische Prozesse einbringen.

In den letzten Jahren haben Aktivitäten unterschiedlicher ideologischer Akteure zugenommen, die mit Verschwörungsnarrativen und Desinformation demokratiefeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung schüren und das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat erschüttern. Diese Agitationen richten sich dabei gegen zentrale Prinzipien der Demokratie, etwa gegen die universellen Menschenrechte, vor allem gegen die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen oder den Minderheitenschutz. Insbesondere Rechtspopulisten und Rechtsextreme versuchen, die Mitte der Gesellschaft mit ihren ideologischen Narrativen zu beeinflussen.

Im Rahmen unserer nicht-öffentlichen Wochenendtagung vom 27. – 29. Oktober 2023 im Gustav-Stresemann Institut in Bonn

haben die Tagungsteilnehmer:innen mit den Gastreferenten Patrick Bahners (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Ruprecht Polenz (CDU), Mathieu Coquelin (Leiter der Fachstelle Extremismustanzierung, Demokratiezentrum Baden-Württemberg), Navid Wali (Mitarbeiter einer Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus) und Monty Ott (Politik- und Religionswissenschaftler) intensiv über Demokratiefeindlichkeit, Verschwörungsideologien und Desinformation diskutiert.

Im Nachgang zur Wochenendtagung fand eine öffentliche Online-Podiumsdiskussion zum gleichen Thema mit Prof. Dr. Mirjam Wenzel (Jüdisches Museum Frankfurt), Stephan Anpalagan (Publizist) und Navid Wali statt. Mit dieser Handreichung sollen nun die zentralen Ergebnisse beider Veranstaltungen auch in Schriftform der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Kamingespräch mit Patrick Bahners und Ruprecht Polenz



Patrick Bahners studierte Geschichte und Philosophie in Bonn und Oxford. Seit 1989 ist er Mitglied der Feuilletonredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), die er von 2001 bis 2011 geleitet hat. Von 2012 bis 2015 berichtete er als Kulturkorrespondent aus New York, von 2015 bis 2017 aus München und seit 2018 aus Köln und über die Kultur in Nordrhein-Westfalen. Seit 2016 ist er zudem verantwortlicher Redakteur für das Ressort Geisteswissenschaften der FAZ. Anfang 2023 erschien im Klett-Cotta Verlag sein Buch „Die Wiederkehr. Die AfD und der neue deutsche Nationalismus“.

Ruprecht Polenz studierte Rechtswissenschaft in Münster. Er war von 1994 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für die CDU und von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Von April bis November 2000 war er Generalsekretär der CDU und gehörte von 2000 bis 2016 dem ZDF-Fernsehrat an. Seit 2013 ist er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, gegenwärtig ist er u. a. Mitglied des Zentrums Liberale Moderne. Trotz seines Abschieds aus der aktiven Politik hat er durch seine digitale Präsenz auf X (vormals Twitter) immer noch Einfluss auf politische Debatten.

Moderation des Gesprächs: Eren Güvercin, Projektleiter MuslimDebate 2.0

Zum Einstieg in das Gespräch wurde die Frage gestellt, wie die beiden Gesprächspartner die aktuellen Entwicklungen um die Demokratie wahrnehmen und wie es aus ihrer Sicht um die Demokratie in Deutschland bestellt ist. Denn in Verbindung mit der sogenannten Querdenkerbewegung, die sich im Kontext der Corona-Pandemie als Netzwerk mit unterschiedlichen Strömungen

gebildet hat, sind verschiedene gesellschaftliche Milieus sichtbar geworden, in denen ein fragwürdiges Freiheitsverständnis vorherrscht und teilweise demokratiefeindliche Haltungen verbreitet sind.

Ausgehend vom Anspruch, dass Deutschland eine wehrhafte Demokratie ist und aus den Erfahrungen von Weimar gelernt hat,

brachte Ruprecht Polenz einige Ergebnisse demoskopischer Umfragen ins Gespräch. Demnach meinten 25 % der Befragten, dass wir in Deutschland nicht mehr in einer Demokratie leben. Zudem stellte ein großer Teil der Menschen die Glaubwürdigkeit von Medien in Frage und sprach pauschal von einer Lügenpresse. Erschreckend sei, dass angesichts gegenwärtiger Krisen und Herausforderungen wie Klimawandel, sozial-ökologische Transformation, soziale Fragen, internationale Konflikte usw. die Menschen nur geringes Zutrauen in die Parteien haben. Denn ca. 60 % trauten keiner Partei eine Lösung dieser Probleme zu, auf die Lösungskompetenz der Regierungsparteien der Ampel setzten zwischen 1 % und 8 % der Befragten, der AfD trauten 8 % und der CDU 16 % der Befragten Lösungen zu. Das sei ein besorgniserregender Befund, denn die Demokratie werde z. B. von außen durch die russische Propaganda herausgefordert und von innen durch die AfD. Zwar ermöglicht die Demokratie wie keine andere Staatsform, dass, wie Friedrich der Große sagte, jeder nach seiner Fassung selig werden kann, solange er anderen nicht schadet. Doch diejenigen, die ein libertäres oder liberalistisches Freiheitsverständnis haben, würden den zweiten Teil jenes Satzes vergessen. Die Regel, einem anderen nicht zu schaden, basiere auf einem demokratisch vereinbarten Rechtsstaatsprinzip. Das müsse man immer wieder erklären. Jedoch zeigte sich Polenz aufgrund gegenwärtiger innen- und außenpolitischer Tendenzen um die Demokratie besorgt. Noch vor 15 Jahren habe er sich nicht vorstellen können, dass wir in Deutschland wieder in eine solche Situation kommen könnten.

Vertrauenskrise der Demokratie

Diese Einschätzungen fand Patrick Bahners grundsätzlich plausibel und betonte, dass sich kaum jemand rühmen könne, diese Vertrauenskrise der Demokratie und die Erosion demokratischer Haltungen vorausgesehen zu haben. Nach seiner Beobachtung würden viele der aktiven Politiker:innen – ob von der Regierung oder Opposition – dazu beitragen, diese Krise noch zu verstärken, indem sie den Eindruck erwecken, selbst nicht mehr davon überzeugt zu sein, was sie machen. Die Demokratie sei eine Regierungsform, die ein Maximum an Offenheit zulasse, auch im Hinblick darauf, wie die Institutionen organisiert sind und wie über sie gesprochen wird. Je offener über Kompetenzen von Verfassungsorganen gesprochen werde, desto eher würde das dem Geist der Demokratie entsprechen. Umgekehrt bedeute das, dass die Demokratie auf Stimmungen angewiesen ist, auf spontane und stetige Zustimmung, die nicht wie in Diktaturen von den

Herrschenden organisiert werden können. Deshalb könne auch nicht präzise vorausgesagt werden, wann die Stimmung kippt und es sei schwierig, genau zu verstehen, was die Ursachen sind. Ruprecht Polenz verwies ergänzend auf das Böckenförde-Diktum, wonach der „freiheitliche, säkularisierte Staat [...] von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann.“ Damit habe Böckenförde gemeint, dass das soziale Kapital, das eine Gesellschaft zusammenhält, im Zusammenleben permanent wieder produziert werden muss. Dieses soziale Kapital würde aus unterschiedlichen Quellen gespeist, zu dem alle kulturellen Gruppierungen mit ihrem jeweiligen moralischen Selbstverständnis beitragen. Polenz vertrat die These, dass die Strategie der AfD exakt darauf ausgerichtet sei, bestehendes soziales Kapital zu vernichten und das Entstehen von neuem zu verhindern. Diese auf Polarisierung ausgerichtete Strategie verdeutlichte er anhand der Strategie der Partei in den (Sozialen Medien). Mit dem Begriff der „Lügenpresse“ werde ein grundsätzliches Misstrauen gegen die Medien geschürt. Zunächst werde die Glaubwürdigkeit der Medien prinzipiell in Frage gestellt. Das führe dazu, dass man niemandem mehr glaube, schließlich glaube man denjenigen, die am lautesten schreien. Auf diesem Weg würde das Denken und die Positionen der AfD in die Köpfe der Menschen geraten. In einer durch Digitalisierung und die Sozialen Medien explodierenden Medienlandschaft brauche man keine Panzer mehr, um etwas zu erobern, es genüge, konsequent eine Strategie über die Köpfe umzusetzen. Deshalb sei es immer relevanter, Kompetenzen zu vermitteln, um die Glaubwürdigkeit von Informationen beurteilen zu können. An der Kampagne der AfD gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk könne abgelesen werden, dass es auch darum gehe, ein wichtiges Informationsmedium zu diskreditieren, um die eigenen Kanäle auf YouTube als seriöse Informationsquelle zu propagieren.

Umgang der Medien mit der AfD

Haben die Medien im Umgang mit der AfD Fehler gemacht, wurde Patrick Bahners gefragt.

In fast jedem Gespräch zu dieser Thematik werde diese Frage an ihn gestellt, konstatierte Bahners. Seine Einschätzung war, dass wir es insgesamt mit einem mächtigen politischen und gesellschaftlichen Phänomen zu tun hätten, das selbstverständlich in den Medien enorme Resonanz gefunden habe. Er zitierte Niklas Luhmann: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“. Das gelte natürlich auch für die Politik, denn Politik als demokrati-

sche Politik sei ohne Medien gar nicht vorstellbar. Er verwarf sich jedoch gegen die häufig geäußerte Vorstellung, die Medien hätten die AfD groß gemacht. Dass es eine neu gegründete Partei bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Stand fast geschafft habe, in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden, sei für die Medien fraglos ein wichtiges Ereignis. Er sei davon überzeugt, dass auch die GRÜNEN nach ihrer Gründung 1980 von Seiten der Medien eine vergleichbare Aufmerksamkeit erhielten. Zu reflektieren sei jedoch, wie in den Medien ein Diskurs mitgeformt worden sei und ob ein Pro-Contra-Framing mit einer Aufwertung der Contra-Position erfolgte. Medien übernahmen in öffentlichen Diskursen eine gewisse Vorsortierung und schafften einen bestimmten thematischen Rahmen. Das könne aktuell an der Debatte zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik beobachtet werden. Sicherlich habe die eine oder andere Botschaft der AfD über die Medien ihren Weg gefunden, umgekehrt wären in diesem Kontext auch gesellschaftliche Problemlagen angesprochen worden. Die Medien dürften sich jedoch nicht in eine Rolle drängen lassen, dass man ihnen Paternalismus vorwerfen könnte. Im öffentlichen Diskurs über die AfD hätten Medien eine wichtige Rolle gespielt - darin eine Verantwortungs- und Mitschuldsemantik zu sehen, lehne er ab.

Aus der Beobachtung der Entwicklung der AfD schilderte Polenz, dass zwar bei der Gründung der AfD die Debatte um die Euro-Rettung im Vordergrund stand, dass aber die Fenster nach rechts außen von Beginn an weit geöffnet waren und die fundamentale Kritik am System in die Gründungs-DNA eingeschrieben war. Von den Medien sei dies nicht immer klar gesehen worden. Angesichts der überwältigenden Ausweitung von Informationskanälen sei jedoch die klassische Rolle des Qualitätsjournalismus – nach Wichtigkeit sortieren, Quellen prüfen, Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden, Relationen herstellen und Orientierung ermöglichen – bedeutender denn je. In einer pluralistisch und auch privat organisierten Medienlandschaft bestehe auch keine Gefahr eines Paternalismus. Die Medien hätten jedoch versäumt, die programmatische Grundeinstellung der AfD präzise zu bezeichnen. Statt die AfD als faschistisch zu charakterisieren, was sie nach Polenz sei, wäre ein ganzes Spektrum von Adjektiven eingeführt worden: rechtskonservativ, nationalkonservativ, populistisch usw. Er ist der Meinung, dass die AfD mit konservativ überhaupt nichts am Hut habe.

Krise der klassischen Printmedien?

Bahners gab zu bedenken, dass die meisten Leitartikler der Pres-

se sich mit dem Faschismusbegriff schwertäten. Bezogen auf die Erwartung von Polenz, dass die Medien mehr über das Innenleben der Partei recherchieren müssten, wies er auf die dramatisch schrumpfenden finanziellen Möglichkeiten der klassischen Printmedien hin. Lediglich der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde noch über die notwendigen Ressourcen verfügen, um längerfristig angelegte systematische Recherchen zu betreiben. Dennoch hätten die großen Redaktionen jeweils Personen abgestellt, die sich intensiv mit der AfD befassen.

Eren Güvercin gab zu bedenken, ob über die Medien genügend Menschen erreicht werden, um über Ziele und Strategie der AfD ausreichend zu informieren oder ob die AfD die Sozialen Medien intelligenter für ihre Ziele nutzt. Pointiert formuliert meinte Polenz, dass die Sozialen Medien geradezu für die AfD konstruiert wären. Die Algorithmen der Plattformen wären so gestaltet, dass sie primär die Nutzer auf der Plattform halten sollen. Dies erfolge dadurch, dass die Nutzer immer wieder Postings zu lesen bekommen, die sie in ihrer Meinung bestätigten. Zudem würden die Nutzer durch starke Emotionalisierung, überschießende Rhetorik und Polarisierung an die Plattform gebunden, was der Kommunikationsstrategie der AfD in die Hände spiele. Gerade die AfD investiere enorme personelle und finanzielle Ressourcen in ihre Präsenz in Sozialen Medien.

Warum wählen Menschen antidemokratische Parteien?

In der nächsten Phase des Gesprächs wurde versucht zu klären, weshalb Menschen eine antidemokratische Partei wie die AfD wählen, obwohl sie in ihrer überwiegenden Mehrheit deren rechtsextrêmes Weltbild nicht vertreten. Patrick Bahners bezweifelte, dass man der AfD vorwerfen könne, gegen die Demokratie zu agitieren. Auf der Grundlage ihres Wahlprogramms und auch nach den Parolen, die auf den Wahlplakaten stehen, wäre es wohl schwierig zu behaupten, dass sich die AfD insgesamt gegen die Demokratie richte. Nach seiner Einschätzung versuche diese Partei, eher einen ethnischen Begriff der Demokratie zu etablieren. Die Partei bediene sich demokratischer Formeln, behaupte, dass das Volk erst einmal wieder an die Macht gebracht und eine wahre Demokratie realisiert werden müsse. Damit nehme sie eine in der Weimarer Republik verbreitete Kritik an der Parteidemokratie, an einem alimentierten Beamtenapparat usw. auf. Während jedoch der Rechtsextremismus in der Weimarer Republik in den faschistischen Parteien grundsätzlich antidemokratisch war – die Agitation der NSDAP wäre gegen die Demokratie als Demokratie gerichtet gewesen, die Demokratie sei als etwas

Künstliches betrachtet worden, das nicht zur deutschen Tradition passe – agitierten gegenwärtig die AfD und andere rechtspopulistische Parteien in Europa nicht explizit antidemokratisch. Im Gegenteil würden sie z. B. mit dem Begriff der illiberalen Demokratie eigene Begriffe der Demokratie konzipieren.

Polenz konstatierte, dass sich die AfD gegen den Vorwurf antidemokratisch zu sein, damit wehre, für Volksabstimmungen zu sein, denn das sei die Urform der Demokratie. Er rückte jedoch ins Blickfeld, dass die AfD z. B. mit ihrer Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Pressefreiheit einschränken möchte. Sie wolle sich durch eine freie Presse nicht kontrollieren lassen. Pressefreiheit sei jedoch für die Demokratie konstitutiv. Das Beispiel zeige, dass die AfD antipluralistisch eingestellt sei. Das Volk werde homogen gedacht und die AfD vertrete das ‚wahre‘ Volk gegen die Eliten. Die Eliten würden als bevorzugte Gegner homogen gedacht und als korrupt betrachtet. Die AfD verstehe sich als prinzipielle Alternative zum etablierten System und in ihrer Sicht seien die anderen alle nur gleiche Systemlinge. Polenz sah die Notwendigkeit, breiter zu vermitteln, dass Demokratie nicht nur ein formales System sei. Es gehe um mehr als nur Wahlen und Partizipation. Demokratie bedeute Rechtsstaat und Gewaltenteilung, Kontrolle von Herrschaft usw. Den Begriff der illiberalen Demokratie wies er entschieden zurück. Das habe mit Demokratie nichts zu tun.

Pressefreiheit und Demokratie

Was die Relevanz der Pressefreiheit für die Demokratie betrifft, stimmte Bahners zu. Gegenüber einer Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk äußerte er sich zurückhaltend. Polenz nahm Bahners Argument von Beginn der Gesprächsrunde auf, dass außerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein Qualitätsjournalismus nicht zukunftssicher finanziert sei. Er erläuterte, dass die Digitalisierung der Medien sowie der Ausbau digitaler Plattformen die Möglichkeiten der Refinanzierung von Tageszeitungen und Wochenmagazinen einschneidend gefährden und in diesem Kontext sei es doch absurd, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen zu wollen, ohne über etwas Besseres zu verfügen. Angesichts aktueller gesellschaftlicher und globaler Entwicklungen werde Qualitätsjournalismus dringend benötigt. Deshalb müsse auch darüber nachgedacht werden, wie dieser auch außerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems gestärkt werden kann. Zweifellos müsse jedoch der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert werden, um auch künftig den Ansprüchen eines Qualitätsjournalismus gerecht werden und Inter-

esse weckende Informationssendungen produzieren zu können. Polenz machte darauf aufmerksam, dass zurzeit immer mehr reiche Menschen versuchten, sich öffentliche Meinung über Portale wie N1US oder Apollo News zu kaufen. Pressefreiheit könne jedoch nur dann garantiert werden, wenn Medien von staatlichen Einflüssen und von Kapitalinteressen frei seien. Patrick Bahners erwähnte, dass zurzeit von verschiedenen Seiten Forderungen nach einem Verbot der AfD laut würden. Er gehe auch davon aus, dass man nachweisen könne, dass die AfD ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit und zum Pluralismus habe. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder stufen die AfD ja auch mindestens als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein. Jedoch sei es nach seiner Einschätzung gar nicht so leicht, der AfD nachzuweisen, dass sie gegen die Grundrechte sei. Selbst bei der Religionsfreiheit (Art 4 GG) oder der Frage der Staatsbürgerschaft würde die AfD erklären, dass sie sich an die rechtlichen Regelungen halte. Trotzdem werde man das Gefühl nicht los, dass die Partei solche Statements lediglich aus taktischen Gründen von sich gebe. Bahners vertrat die Auffassung, dass auch die Haltung der AfD zur Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art 5 GG) in den Blick genommen werden müsse. Gerade auf der regionalen und lokalen Ebene würde sie Angriffe gegen Kunst und Kultur fahren. Der Kulturbetrieb in Deutschland sei weitgehend öffentlich finanziert und man müsse sich vorstellen, welche Eingriffe der AfD bei einer Sperrminorität möglich seien, wenn Jahr für Jahr die Etats von den zuständigen Gremien beschlossen werden müssen.

Von Seiten der Teilnehmenden wurde das Stichwort Wissenschaftsfreiheit aufgegriffen und es wurden Befürchtungen artikuliert, dass bei einem größeren Einfluss der AfD auf der Ebene der Länder drastisch in Programme der Forschungsförderung eingegriffen werden könnte. Sicherlich beträfe dies insbesondere sozialwissenschaftliche Forschungen zu Rechtsextremismus, Demokratie, Populismus und die Gender Studies, die nach Überzeugung der AfD abgeschafft werden sollen. In Hinblick auf die Erwartungen an qualifizierte, sachliche Informationen wurde zu bedenken gegeben, dass man damit die 25 % der Bevölkerung, die meinen, wir lebten in Deutschland in einer Diktatur, nicht erreichen könne. Ebenfalls wurde problematisiert, dass man die AfD nicht als ein vorwiegend durch Medien geschaffenes Phänomen verstehen dürfe. Es gelinge diesen Strömungen Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufzunehmen und zu verstärken. Studien hätten außerdem gezeigt, dass Menschen aus unterschiedlichsten Milieus – von Grün bis zur CDU – während der

Corona-Pandemie in das Milieu der Querdenker abgedriftet sind. Weiter wurde angemerkt, dass in den Medien zwar über die AfD und ihre Politik – auch kritisch – berichtet werde, dass jedoch die Stimmen derjenigen in der Berichterstattung nicht vorkämen, die sich von der Existenz der AfD und ihrer Politik bedroht fühlen und Ängste haben.

Rechtspopulismus - ein internationales Problem

Eine Analyse der AfD würde zu kurz greifen, wenn man nur auf Deutschland schaue, meinte Polenz. Rechtspopulistische und rechtsextreme Entwicklungen gebe es in fast allen westlichen Ländern, das gelte für Frankreich mit Le Pen, für Ungarn mit Orbán, für Polen mit Kaczyński und für die USA mit Trump. In allen diesen Ländern seien diese Bewegungen wesentlich früher als in Deutschland zu beobachten gewesen. In Deutschland verfügten wir durch die Geschichte des Dritten Reiches und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus quasi über eine gewisse Immunität, aber diese Erfahrungen würden immer mehr verblassen. Nach seiner Wahrnehmung kämen diejenigen, die sich von der Politik der AfD bedroht und verunsichert fühlten, in den Medien viel zu wenig zu Wort. Eine Ursache könne sein, dass z. B. ein Angriff auf eine Moschee keine so große öffentliche Resonanz erzeuge, wie ein Angriff z. B. auf eine Synagoge. Vielleicht liege es auch daran, dass die Stimmen der Betroffenen nicht laut genug sind. Eventuell befürchteten die Betroffenen jedoch auch sich, wenn sie sich zu laut zu Wort melden und sich exponieren, selbst noch mehr zum Ziel von Angriffen zu machen. Die zahlreichen Übergriffe aus dem rechtsextremen Milieu lösten noch zu wenig Alarm in der Mehrheitsgesellschaft aus.

Aus dem Kreis der Teilnehmenden wurde die Einschätzung ins Gespräch gebracht, dass die Problematik einer Krise der Demokratie und der Versuchungen des Autoritären nicht allein über Mediendiskurse zu lösen seien, es sei eine Umstrukturierung des Bildungssystems erforderlich, eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte aber auch der Polizei.

Darauf wandte Polenz ein, dass mit einer Reform des Bildungswesens und der Lehrkräfteausbildung in einem Zeitraum von 20 Jahren zu rechnen sei. So viel Zeit hätten wir nicht, um uns wirkungsvoll mit den beschriebenen Tendenzen auseinanderzusetzen. Er bezog sich auf die aktuelle Konjunktur des Begriffs „Elfenbeinturm“, um die Wirkung eines rechtspopulistischen Framings aufzuzeigen. Dieser Begriff diene dazu, alle Eliten zu verdammen und er transportiere gleichzeitig eine wissenschaftsfeindliche Haltung. Früher habe man damit einen etwas weltfremden Ge-

lehrten charakterisiert, gegenwärtig träfe diese Markierung alle diejenigen, die unbequeme und herausfordernde politische Vorschläge machen. Es käme zu einer kollektiven Identitätszuschreibung, mit der alle, die nicht wie das Milieu der AfD denken, in einen ‚Turm‘ gepackt werden. Das sei ein Beispiel für ein klassisches Framing, das den Rahmen für Diskurse auf längere Zeit festschreibe.

Zwischen Afd und den Wähler:innen unterscheiden

Für Polenz war es wichtig, in den Debatten und im Hinblick auf eine Strategie zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieus zwischen der AfD und den Wähler:innen zu unterscheiden. Bei den Auseinandersetzungen um die Lösung gesellschaftlicher Probleme, sei wichtig, darauf zu achten, in welchem Stil diese geführt werden. Wenn in Auseinandersetzungen die Positionen so zugespitzt würden wie in der laufenden Debatte über Migration, dann müsse man einen fließenden Übergang zum Wording der AfD konstatieren. Wenn nur noch über Zahlen geredet wird, dann werde das Thema Migration enthumanisiert. Vor allem sei es schwierig, gegen die Wut auf die Etablierten, die Enttäuschung, die Unzufriedenheit, aus der die Zustimmung der AfD sich speise, anzuarbeiten.

Aus der Gruppe der Teilnehmenden wurde daran angeknüpft, dass Polenz im Kontext seiner Ausführungen zum Böckenförde-Diktum von der Relevanz des sozialen Kapitals für die Demokratie sprach. Parallel dazu müsse man auch nach dem Vertrauen in politische Akteur:innen fragen. Gegenwärtig werde jedoch immer wieder festgestellt, dass das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, in die Politik und die Demokratie schwinde.

Sicherlich sei Vertrauen für den zwischenmenschlichen und den politischen Bereich eine zentrale Kategorie, führte Polenz aus. Bestimmt gehe es auch der AfD um Vertrauen, wenn sie ihre Wähler:innen davon überzeugen will, dass sie sich für eine wirkliche Lösung ihrer Problemen einsetzt. Doch eigentlich sei die AfD eine Profiteurin des Misstrauens, denn sie schüre das Misstrauen in alles Mögliche und wolle dadurch Menschen an sich binden.

Politische Führung muss auch wahrgenommen werden

Im Hinblick auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen wie Klimawandel, Erderwärmung, internationale Konflikte, ökonomische Transformation zur Dekarbonisierung oder von sozialen Problemen ging Polenz davon aus, dass die verantwortlichen politischen Kräfte zunächst Zielvorstellungen beschreiben müssten, die für die übergroße Mehrheit der Gesell-

schaft attraktiv sind. Im nächsten Schritt müsse man machbare Wege skizzieren, um diese Ziele zu erreichen. Die notwendigen Veränderungen könne man nur realisieren, wenn die Menschen das Gefühl haben, die Reformen seien notwendig und es gäbe dazu plausible und Erfolg versprechende Konzepte. In diesem Zusammenhang könne auch Vertrauen in die politische Führung entstehen, jedoch müsse politische Führung auch wahrgenommen werden und an dieser Stelle seien erhebliche Defizite vorhanden.

Es sei spannend, wurde aus dem Kreis der Teilnehmenden formuliert, dass sich das bisherige Gespräch sehr stark auf die AfD fokussiert habe. Diese Partei werde in dieser Runde und auch gesellschaftlich als Gefährdung der Demokratie wahrgenommen. Unsere Demokratie habe historisch auch schon andere antidemokratische und antipluralistische Gruppierungen wie die NPD, die Republikaner, die DVU ausgehalten. Allerdings sei zu fragen, ob die anderen politischen Akteur:innen – insbesondere die Volksparteien – Vorstellungen, die im Milieu der AfD prominent sind, nicht auch bedienen und somit implizit zum Erfolg der AfD beitragen. Jedoch sei in einer Gesellschaft, die durch zunehmende Vielfalt, bezogen auf Ethnie, Herkunft, kulturelle und religiöse Vorstellungen geprägt ist, danach zu fragen, welche Orientierungen aus religiösen Vorstellungen wie dem christlichen Menschenbild für eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik gewonnen werden können. Damit stelle sich auch die Frage nach der Bedeutung des C im Namen der CDU und auch nach der Rolle des Konservatismus in einer multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft. Pluralismus sei das Fundament von Freiheit und Demokratie und es gehe darum, die im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte dann auch wirklich zu leben.

Die Rolle des Konservatismus

Ruprecht Polenz konstatierte, dass die nachlassende Kirchenbildung auch in den programmatischen Debatten der CDU eine Rolle spiele. Das C im Namen der Partei stehe jedoch für ein realistisches christliches Menschenbild. Konservativ in einer Kurzformel bedeute, das Bewährte zu bewahren. Doch damit fingen die Schwierigkeiten erst an, denn die Menschen würden durchaus unterschiedlich beurteilen, was sich bewährt habe und was bewahrt werden solle. Nach seiner Überzeugung gäbe das C dem Konservatismus in der CDU eine Richtung vor, wenn es darum geht zu klären, was wert ist, bewahrt zu werden. Aus dem christlichen Menschenbild folge, dass die Menschenwürde unantastbar sei und für alle gelte. Patrick Bahners nahm die Überle-

gungen zur aktuellen Rolle des Konservatismus auf und stelle eine Verbindung zwischen persönlicher religiöser Identität und gesellschaftlichem und politischem Engagement her. Gerade die Motivation fundamentalistischer Christen würde von der Hoffnung auf ein gesellschaftliches Rollback getragen. Möglicherweise sei in Zukunft auch für Deutschland eine Entwicklung zu erwarten, die in den USA schon sehr weit fortgeschritten sei und auf eine Verselbständigung und Absolutsetzung von Politik ziele. Diese bestehe darin, dass man die Werte und Ziele der eigenen Partei über das Gemeinsame setzt und diese radikal verfolgt. Polenz nahm diesen Gedanken auf und stimmte zu, dass es ziemlich viele Gemeinsamkeiten zwischen religiösen Fundamentalisten und rechtspopulistischem Denken gäbe. Man könne dies am Stichwort Antipopulismus und am Wahrheitsbegriff nachweisen. Er verstehe die eigene religiöse Identität als eine Form der Selbstbindung, als Orientierung an bestimmten Wertvorstellungen, um in der CDU Politik zu machen. Das zentrale Gebot des Christentums sei die Nächstenliebe und das sei eine andere Grundlage um Politik zu machen, als wenn man in eine antagonistische und apokalyptische Gedankenwelt eintauche. Polenz war der Überzeugung, dass es für religiöse Menschen ein Angebot geben müsse, wie sie ihre Werte in eine säkulare Demokratie hineinbringen können.

Von Seiten der Teilnehmenden wurde die These vertreten, dass es keine Entscheidung der AfD sei, dass die Stimmen bestimmter gesellschaftlicher Milieus nicht gehört werden. Es sei eine Entscheidung der Mehrheitsgesellschaft, der Medien, der Politik, von Meinungsführern und Stichwortgebern in gesellschaftlichen Diskursen. Gelegentlich erscheine die Auseinandersetzung mit der AfD die Funktion zu haben, dass man sich mit eigenen Einstellungen und Haltungen nicht wirklich auseinandersetzen muss. Denn die Gesellschaft insgesamt habe Probleme mit der Globalisierung. Genügend Akteur:innen der Mehrheitsgesellschaft würden denken, dass Migranten, Muslime, Juden, LGBTQs nicht dazugehören und die gesellschaftliche Homogenität stören. Es sei dringend notwendig, dass sich die Gesellschaft insgesamt mit dieser Problematik auseinandersetzt und ihre Haltungen reflektiert. Wir dürften es uns nicht zu einfach machen, indem wir lediglich die AfD als Problem identifizieren und nicht als ein Symptom von Problemen betrachten, die immer noch in der Gesellschaft vorherrschen. Diese Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft seien die Basis dafür, dass eine Bewegung wie die AfD so große Resonanz finden könne. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass Verbindungen zwischen christlichen Fundamentalisten

und den Rechten seit dem 19. Jhd. nachweisbar sind. Allerdings müsse man sich angesichts der drängenden großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen auch fragen, weshalb die anderen Parteien nicht souveräner agierten und sich darauf konzentrierten, Visionen für ein Deutschland der nächsten zehn oder auch fünfzig Jahre zu entwickeln. Bei der Auseinandersetzung mit der AfD verlöre man sich zu häufig in Details.

Ruprecht Polenz erläuterte, er könne bei der Situationsbeschreibung, dass die Stimmen bestimmter Milieus nicht gehört würden und die Gesamtgesellschaft vorhandene Stereotypen und Mechanismen der Marginalisierung nicht genügend aufgearbeitet hätte, nicht ganz mitgehen. Als ein Beispiel für deutliche Veränderungen in der Gesellschaft nannte er das Thema Inklusion. Bezogen auf diese Thematik habe sich in den vergangenen dreißig Jahren die Sprache gewandelt und die Situation von behinderten Menschen habe sich verbessert. So sei z. B. in Fernsehsendungen des ZDF bis in die 2000er Jahre hinein die "Aktion Sorgenkind" beworben worden. Ein Name, bei dem man heute zusammenzucken würde. Im Rückblick müsse man sich fragen, was man sich dabei gedacht habe, einen solchen Titel für eine Organisation zur Förderung behinderter Kinder auszuwählen. Auf jeden Fall könne an diesem Beispiel auch gezeigt werden, dass sich Sprache verändert und mit dem Wandel gesellschaftlicher Einstellungen und der Veränderung der Lebensbedingungen z. B. behinderter Menschen auch ein Wandel der Sprache verbunden ist.

Bahners war es ein wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, dass sozialwissenschaftliche Studien keine zunehmende Spaltung der Gesellschaft oder eine grundsätzlich negative Einstellung zur Pluralität nachweisen können, wie dies z. B. die Studie „Triggerpunkte“ von Stefan Mau u. a. zeige. Sicherlich müsse man die Ergebnisse der Studie noch genauer prüfen und insbesondere die Rolle von religiösen Orientierungen bezogen auf diese Erkenntnisse genauer betrachten, aber angesichts des gegenwärtigen Lebens in Polykrisen, müsse man auch dankbar für Indizien sein, die eine positive Sicht eröffnen. Auch bezogen auf das Verhältnis von autochthonen Deutschen und Zugewanderten bestehe nach diesen Studien im Hinblick auf die Wahrnehmung Deutschlands als Einwanderungsland breiter Konsens. Umso merkwürdiger sei es, dass aktuell mit dem Migrationsthema wieder demagogisch Politik gemacht werde.

Ruprecht Polenz griff aus den Kommentaren das Stichwort der einfachen Antworten der AfD auf. Bei der Analyse dieser Bewegung müsse man über die Grenzen Deutschlands hinaus schauen, denn deren Entwicklung habe sehr stark mit den

Nebenwirkungen der Globalisierung zu tun, mit der empfundenen Unübersichtlichkeit, den damit verbundenen Ängsten usw., jedoch auch mit einem Bedeutungsverlust alter Orientierungsmächte wie Kirchen und Gewerkschaften. In der Situation einer Polykrise bestehe ein großer Bedarf an Orientierungen und in einer solchen Situation fänden einfache Antworten größere Resonanz als differenzierte Erklärungen komplexer Zusammenhänge. Die AfD erwecke mit einfachen Lösungen auch den Eindruck, ein Kümmerer zu sein. Angesichts großer Herausforderungen müsse Politik auch in der Lage sein zu kommunizieren, was der Kern und die Perspektive von notwendigen Veränderungen ist. Dazu brauche es jedoch auch emotionale Geschichten und nicht nur ein Argumentieren mit Zahlen usw. Schließlich meinte er, dass alle, die an der Stärkung einer pluralen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft interessiert sind, einen Account bei X/Twitter eröffnen und sich an den Diskussionen beteiligen sollten.

Am Ende des Gesprächs wurden aus der Gruppe der Teilnehmenden noch zwei Gedanken angesprochen. Die Begriffe Inklusion und Handicap seien aus muslimischer Sicht sehr passend, weil das Muslim-Sein aktuell in vielen Bereichen der Gesellschaft wie ein Handicap wirke. Berufssuche, Jobsuche, Wohnungssuche, Bildungserfolg seien schwieriger für jemanden, der/die muslimisch gelesen wird. Zum Gedanken, dass gelungene Integration unsichtbar sei, gehöre aber auch die Feststellung, dass für Muslime in vielen Aspekten des Lebens erst das sich Unsichtbarmachen Integration gelingen lässt. Gerade in der parteipolitischen Arbeit scheine es eine Grundvoraussetzung zu sein, dass eine orthodox gelebte muslimische Identität unsichtbar bleibt, um Gehör zu finden und erfolgreich arbeiten zu können.



Falsche Freunde und echte Feinde: Die Rechte und ihr Verhältnis zu Judentum und Israel

von Monty Ott¹

Ich habe meinen Vortrag unter den Titel: „Falsche Freunde und echte Feinde: die Rechte und ihr Verhältnis zu Judentum und Israel“ gestellt. Dabei beziehe ich mich in großen Teilen auf die Situation, wie sie vor dem 7. Oktober 2023 herrschte, jener Tag, der die Welt in ein vorher und nachher teilte. Wie sich die gegenwärtige Situation auf die hier skizzierten Tatsachen auswirkt, ist derzeit noch nicht absehbar.

Insbesondere die aktuelle israelische Regierung dient manchen wieder als Vorwand, Israel als ein „rechtes“, ein „kolonialistisches“ o.ä. Projekt darzustellen. Es geht in diesem Beitrag nicht nur darum, die pluralen Perspektiven innerhalb der Rechten herauszuarbeiten. Es geht genauso darum, diese in den Kontext deutscher Erinnerungskultur zu platzieren und damit überhaupt erst deren Erfolg und Misserfolg verständlich zu machen. Gleichermäßen entsteht dadurch auch ein differenzierter Blick auf ebenjene Erinnerungskultur, was als Kompass für gegenwärtige Debatten dienen kann. Damit will ich verdeutlichen, dass eine Parteinahme für den jüdischen Staat nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung dessen derzeit extrem rechter Regierung ist. Es wird genauso deutlich werden, dass eine klare Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus per se kein rechtes Instrument ist, um legitime Kritik an israelischer Politik zum Verstummen zu bringen. Genauso wird allerdings deutlich, wie insbesondere die politisch rechts stehenden Politiker:innen, Gruppierungen und Funktionär:innen Debatten um antisemitische Vorfälle nutzen, um sich selbst zu verharmlosen und damit als „wiedergutgeworden“ zu inszenieren.

Erinnerungskultur und Gedächtnistheater

Tatsächlich hat die Beschäftigung mit diesem Verhältnis bei mir auch eine biographische Komponente: Nicht nur, weil ich als Politikwissenschaftler und Religionswissenschaftler dahin gehen will, wo es weh tut, sondern mich intensiv mit den Widersprü-

chen der politischen Linken beschäftige. Dabei lag mein Fokus insbesondere darauf, dass es – wie es Volker Weiß einmal beschrieben hat – der unverwechselbare Kern linker Bewegungen sei, sich den Kampf für gleiche Lebensbedingungen und “Rechtsgleichheit der Verschiedenen”² auf die Fahnen zu schreiben, gleichermaßen Ideologien wie Antisemitismus und Rassismus sich jedoch höchster Lebendigkeit erfreuten. Es war die Tatsache, die mich bewegte, dass die Linke sich im Kampf gegen diese Weltbilder als Verbündete, als Frontkämpferin positionierte, doch parallel Gruppierungen existieren, die ihrem linken Selbstverständnis konträr unfähig schienen, ihre antisemitischen und rassistischen Denkweisen zu erkennen. Besonders, wenn der Antisemitismus einen zentralen Baustein in ihrer Weltsicht ausmachte. Meine Kritik hat zum Ziel, diese Leerstellen anzugreifen, ohne dabei die Ziele und Forderungen emanzipatorischer Bewegungen pauschal abzuwerten.

In Deutschland – und darauf werde ich mich in übergeordnetem Maß beziehen – nimmt die Beschäftigung mit Antisemitismus innerhalb der politischen Linken eine besondere Rolle ein. Denn in keinem anderen Land haben sich innerhalb der linken Strömungen herausentwickelt, eben weil sie sich explizit auch gegen den Antisemitismus im eigenen Lager stellen. Es wird immer wieder polemisch als „Gretchenfrage der Linken“ bezeichnet: „Wie hältst du’s mit Israel?“

Doch das Verhältnis zu Israel ist im politischen Diskurs nur die Spitze des Eisberges. Unterhalb der Wasseroberfläche zeigt sich erst das volle Ausmaß. So hatte Jean Améry in seinem Essay „Der ehrbare Antisemitismus“ schon ganz zutreffend formuliert: „Fest steht: der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israëlismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar.“³ Vereinfacht gesprochen: Der neue Anti-Zionismus – also nicht die jüdische Ablehnung der Besiedlung Palästinas vor der Shoa, sondern die Ablehnung einer jüdischen Staatlichkeit im

¹ 1 Monty Ott ist Politik- und Religionswissenschaftler und politischer Schriftsteller. Er publiziert zu tagespolitischen Themen und beschäftigt sich in seinen Beiträgen mit Antisemitismus, Erinnerungskultur, Intersektionalität und Queerness.

² 2 Richardt, Johannes/Weiß, Volker: „Die Rechte beansprucht für sich das Recht auf Differenz – und kommt damit durch.“ Interview mit Volker Weiß, in: Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik, Frankfurt am Main: Novo Argumente Verlag 2018, S. 80–90, hier S. 85.

Wissen um die Shoah – ist mit Antisemitismus unentrinnbar verbunden. Für die postnazistische – und postkoloniale – Gesellschaft bedeutet es, dass ganz „gleich, welches antisemitische Ressentiment in Deutschland öffentlich kommuniziert wird: Eine explizite oder implizite Form der Abwehr der Schuld und Verantwortung für den Nationalsozialismus und die Shoah hat daran immer einen Anteil.“⁴ So befand es Samuel Salzborn im Jahr 2020 und ergänzte, dass die Abwehr von Schuld sogar als „verbindendes Band zwischen den politischen Spektren“ fungieren kann.⁵

Implizit wurde das mehr als deutlich, als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan am 5. Mai 1985 einen Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte. Kurz vor dem 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sendeten der Bundeskanzler und das amerikanische Staatsoberhaupt nun das Signal, dass der Zweite Weltkrieg inzwischen als europäischer „Normalkrieg“ zu erachten sei.⁶ Schlimmer als der Versuch, die Normalisierung als Teil der deutschen Geschichtspolitik zu verankern, wiegt wahrscheinlich nur, dass neben den Wehrmachtssoldaten auch Angehörige der Waffen-SS auf dem Friedhof lagen. Nicht nur die Aufrechterhaltung der Mär von der sauberen Wehrmacht wurde an diesem Tag betrieben, die Verbrechen der SS wurden ebenfalls relativiert. Der Historiker Moïse Postone lehrte zu jener Zeit in den Vereinigten Staaten, hatte allerdings in Frankfurt studiert und promoviert. Dadurch hatte er eine enge Verbindung zur westdeutschen Linken und erwartete, dass sie auf dieses geschichtspolitische Ereignis reagieren würde. In einem auf das Jahr 1985 datierten Brief sprach Postone von „Horror, [...] Wut, und d[as] tiefe [...] Gefühl der Beleidigung“, die der Versuch der Rehabilitation von nationalsozialistischen Tätern bei ihm ausgelöst habe.⁷

Eine tiefe „Enttäuschung“ habe Postone aus einem anderen

Grund verspürt. Er kritisierte die Differenz zwischen den „Hunderttausende[n]“, die „gegen den amerikanischen Imperialismus“ demonstrierten und „ein paar Hundert[, die] gegen die Rehabilitation der Nazi-Vergangenheit“ aufstanden.

Der kanadische Historiker fällt ein bemerkenswertes Urteil:

„Es ist der Punkt, daß Ihr Deutsche seid, und daß – wenn Ihr nicht die Verantwortung übernehmt, Euch der Nazi-Vergangenheit zu stellen – auch Ihr mitschuldig seid an der Übertragung und Reproduktion des Systems von Lügen und kollektiver Verdrängung, das seit 1945 für Deutschland charakteristisch war – weil die Deutschen es versäumten, sich selbst zu befreien. Es kann auf der Grundlage einer Leugnung der Vergangenheit oder des Versuchs, ihr zu entfliehen oder sie zu ignorieren, kein anderes Deutschland geben. Es gibt in der Tat nur zwei Möglichkeiten: Eine endgültige Versöhnung mit dieser Vergangenheit oder aber der konstante, d.h. in fortwährender Auseinandersetzung zu vollziehende Bruch mit ihr.“⁸

Studien wie der Multidimensionale Erinnerungsmonitor der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft haben wichtige Erkenntnisse zu diesem Komplex geliefert: Im Jahr 2019 beantworteten 69,8 Prozent der Studienteilnehmer:innen die Frage nach NS-Täter:innen in der Familie mit „nein“, die Frage nach Opfern unter den Vorfahren beantworteten 35,9 Prozent mit „ja“ und die Frage nach Helfenden unter den Vorfahren beantworteten nun schon fast ein Drittel mit „ja“.¹⁰

Die Sozialpsycholog:innen Alexander und Margarete Mitscherlich hatten diese Tendenzen in ihren Beobachtungen aus den 1960er Jahren, die sie unter dem Titel „Die Unfähigkeit zu trauern“ veröffentlichten, bereits vorweggenommen. Die damals erkennbaren Narrative hätten zur Folge, dass „nur die passenden Bruchstücke der Vergangenheit zur Erinnerung zugelassen werden“, während alle Ereignisse, „in die wir schuldhaft verflochten sind, [...] ver-

³ Améry, Jean: „Der ehrbare Antisemitismus“, *Zeit-Online*, 25.07.1969, <https://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus/komplettsicht?print> (letzter Zugriff am 20.11.2023). ⁴ Salzborn, Samuel: *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*, Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich 2020, S. 67. ⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Winkler, Heinrich August: „Aus der Geschichte lernen?“, *Die Zeit*, 25.03.2004, <https://www.zeit.de/2004/14/winkler> (letzter Zugriff am 20.11.2023).

⁷ Vgl. Postone, Moïse: „Bitburg: 5. Mai 1985 und danach. Ein Brief an die westdeutsche Linke“, in: Fried, Barbara u. a. (Hrsg.): *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*, 1. Aufl., Freiburg Breisgau: ça-ira-Verlag 2005, S. 51–58, hier S. 51. ⁸ Vgl. Ebd., S. 56. ⁹ Ebd., S. 56f. ¹⁰ Vgl. Rees, Jonas u. a.: „MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor. Studie II. 2019“, II, MEMO, Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, 2019, S. 14, https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/MEMO_2_2019/EVZ_Studie_MEMO_2019_dt.pdf (letzter Zugriff am 20.11.2023). ¹¹ Mitscherlich, Margarete/Mitscherlich, Alexander: *Die Unfähigkeit zu trauern*, 18. Aufl., München: R. Piper & Co Verlag 1977.1986, S. 26.

leugnet“ und „in ihrer Bedeutung umgewertet, der Verantwortung anderer zugeschoben“ werden.¹¹

Für die Aufrechterhaltung dieser Narrative spielt heute Erinnerungskultur eine bedeutsame Rolle. Dabei war trotz oder gerade sogar wegen der Monstrosität der deutschen Verbrechen keineswegs determiniert, dass sich im „Land der Täter:innen“ überhaupt eine solche „Kultur“ entwickeln würde.

Als 1951 Bundesbürger:innen befragt wurden, gaben 40% von ihnen an, dass die Zeit unter der nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur besser gewesen sei als in der Bundesrepublik. Acht Jahre später, also 1959, hielt Theodor W. Adorno angesichts einer Welle antisemitischer Vorfälle in einem Vortrag vor Erzieher:innen fest, dass diese deutsche Gesellschaft das „Vergangene“ eben nicht ernsthaft verarbeitet, sondern „einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen“ will.¹²

Von NS-Täter:innen wurde nicht mehr erwartet, sich von der eigenen Vergangenheit zu distanzieren oder diese zu reflektieren. Es ist jener Zeitabschnitt, in dem es zur „zweiten Schuld“ der deutschen Gesellschaft kam: Den „große[n] Frieden mit den Tätern“ geschlossen zu haben, wie es Ralph Giordano formulierte.¹³ Auf diese Episode folgte laut Aleida Assmann eine zweite, seit den 1980er Jahren bis heute anhaltende Phase, die durch die Auffassung geprägt sei, dass im gemeinsamen Erinnern von Nachkommen der Opfer und Täter:innen eine Art der „Versöhnung“ zu finden wäre.¹⁴ Paradigmatisch kann hierfür die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag angesehen werden, in der er den 8. Mai 1945 einen „Tag der Befreiung“ nannte.¹⁵

Seitdem ist viel geschehen. Von der Phase der öffentlichen Verleugnung und des Friedens mit den Täter:innen über das Erkämpfen einer Erinnerungskultur, die vor allem durch die

Überlebenden und ihrer Angehörigen, nebst einiger weniger progressiven Gruppierungen stattfand, hin zu einer Erinnerungskultur, die ein zentraler Bestandteil des deutschen Selbstbildes ist. Eine Erfolgsgeschichte könnte man hier vermuten, doch die Wirklichkeit ist weitaus komplexer und widersprüchlicher.

Davon erzählt allein der Begriff der „Wiedergutwerdung“, den der Essayist Eike Geisel geprägt hat. Er bezeichne die Tendenzen, mittels derer jüdisches Leben zur Legitimation der eigenen weltpolitischen Rolle zu funktionalisieren.¹⁶ Dass wieder Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik leben, wird als Beweis dafür herangezogen, dass diese sich von ihrem nazistischen Erbe und dessen Kontinuitäten entfernt habe.

Man ist wieder wer, weil man sich gebessert habe. Doch ist diese Behauptung mit einer fragwürdigen Performance verbunden, mit versteinerten Ritualen, die oft unhinterfragt bleiben. So gehört doch zu jeder Rede zum 9. November oder 27. Januar, dass im Brustton der Überzeugung behauptet wird, es gäbe „keinen Platz für Antisemitismus“ oder es wird „Nie wieder“ gefordert, freilich ohne zu erklären, was sich denn nicht wiederholen sollte. Doch warum das Schauspiel, wenn dessen Hintergründe gar nicht durchdrungen werden?

Die Betonung dieses vermeintlichen Konsenses verortet den / die Sprecher:in im Kreise der Demokrat:innen. Jüdisches Leben sei ein „Geschenk“ und von Jüdinnen und Juden wird erwartet, die deutsche Erzählung der „Wiedergutwerdung“ zu bestätigen. Wenn Jüdinnen und Juden in Diskursen innerhalb der deutschen Gesellschaft auftauchen, dann also nicht mit ihren lebendigen Erfahrungen, sondern nur, um das vorgefertigte Bild als ‚Opfer‘ oder auch als archaisch-religiöses Überbleibsel der Vergangenheit¹⁷ zu bestätigen. Dieses Bild beschränkt die „Parameter der Repräsentation“¹⁸ für jüdisches Leben.

Jüdinnen und Juden werden zu Gedenkveranstaltungen ein-

¹² Adorno, Theodor W.: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? (1959)“, in: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): *Erziehung zur Mündigkeit*, Berlin: Suhrkamp Verlag 1972, S. 10-28, hier S. 10., ¹³ Giordano, Ralph: *Die zweite Schuld, oder: Von der Last, Deutscher zu sein*, Neuauflage, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2020, S. 117., ¹⁴ Vgl. Assmann, Aleida: *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München: C. H. Beck 2016, S. 190f., ¹⁵ Siehe: Weizsäcker, Richard von: „Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa“, Bonn, 08.05.1985, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (letzter Zugriff am 03.10.2023).

¹⁶ Vgl. Geisel, Eike: „Zweimal 9. November“, in: ders.: *Die Wiedergutwerdung der Deutschen*, Berlin: Edition TIAMAT 2015, S. 43-47, hier S. 47. ¹⁷ Ein vielsagendes Beispiel lieferte Spiegel Geschichte, als die Ausgabe 4/2019 erschien. Mit dem Titel *Jüdisches Leben in Deutschland*. Die unbekannte Welt nebenan wurden Jüdinnen und Juden nicht nur mystifiziert, sondern auch durch das Titelbild, das zwei ärmlich gekleidete, wahrscheinlich jüdische Männer mit langen Bärten im Berliner Scheunenviertel zeigte, die in einer Art dargestellt wurden, welche nicht einmal zur Zeit, als das Foto aufgenommen wurde, repräsentativ für die Mehrheit der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden war. ¹⁸ Gelbin, Cathy S.: „Die jüdische Thematik im (multi)kulturellen Diskurs der Bundesrepublik“, in: dies./Konuk, Kader/Piesche, Peggy (Hrsg.): *AufBrüche. Kulturelle Produktion von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Tübingen: Ulrike Helmer Verlag 1999, S. 87-111, hier S. 91.

geladen, um dort Geschichten von ermordeten Angehörigen zu erzählen. Zu denen gehört dann auch der Auftritt von Funktionär:innen oder Politiker:innen, die betonen, wie viel man für die Gedenkarbeit tue. Unbesprochen bleibt die Bluts spur der antisemitischen Gewalt, die sich durch die bundesdeutsche Geschichte zieht, wie Ronen Steinke es 2020 in „Terror gegen Juden“ beschrieben hat. Beschwiegen wird die Armut, die als Folge der Nichtanerkennung von Arbeitsleistung, Titeln und Rentenpunkten bei dem Gros jüdischer Zugewanderten entstanden ist.

Diese stellen heute wiederum die weit überwiegende Mehrzahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden dar. Unverstanden bleiben die pluralen Zugänge zum Gedenken an die Shoa, wie sie heutzutage durch die postmigrantische Realität in jüdischen Gemeinden vorherrscht. Kurz und polemisch zusammengefasst: Jüdisches Leben ist eine Projektionsfläche, etwas, anhand dessen man sich selbst im politischen Koordinatenraum verorten kann, aber nichts, mit dem man sich beschäftigt oder das man versteht. Ganz ähnlich ergeht es dem Antisemitismus, Israel und der Shoa. Zumindest, was die Mehrheit der Gesellschaft betrifft. Auch wenn diese Probleme und Leerstellen von Erinnerungskultur existieren, auch wenn die erkämpften Formen dessen nun instrumentalisiert werden, lässt diese sich nicht darauf reduzieren. Denn tatsächlich lässt sich feststellen, dass es eine breite Gedenkstättenlandschaft gibt, in der mit modernen Herangehensweisen Wissen vermittelt wird. Es existiert eine plurale wissenschaftliche Forschung, die immer wieder neue Erkenntnisse über Nationalsozialismus und zumeist den historischen Antisemitismus liefert.

Das Problem ist vielmehr, dass sie auf eine „historisch desorientierte[...] und weitgehend faktenresistente[...] deutsche[...] Bevölkerung“ trifft, die sich nicht mit diesem Wissen auseinandersetzen will.¹⁹ Sie neigt weiterhin dazu, die Vergangenheit zu mythologisieren und Täter:innenschaft zu verschleiern.²⁰

Die politische Rechte und ihr Verhältnis zu Judentum, Israel und Antisemitismus

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das zeigt jede Debatte, in der schnell ähnliche Muster deutlich werden. Die Kritik von Antisemitismus wird immer wieder mit dem Strohmann-Argument abgewehrt, dass es sich um eine Kampagne handeln würde. So geschehen beim Skandal um ein Shoa-glorifizierendes und neonazistisches Flugblatt aus der Jugend des bayerischen Vize Hubert Aiwanger, der Ausstellung von antisemitischen Kunstwerken auf der documenta, strukturell-antisemitischen Aussagen bei einer Tagung zum Thema „Wokeness und Identitätspolitik“ einer konservativen Denkfabrik und anlässlich der Einladung des kamerunischen Philosophen Achille Mbembe mit Blick auf dessen Nähe zur BDS-Kampagne.

Bei jeder dieser Debatten ließ sich beobachten, wie neben den Stimmen von Antisemitismusforscher:innen und jüdischen Organisationen, die anhand objektiver Merkmale festgestellte antisemitische Gehalte und relativierende Verhaltensweisen kritisierten, sich auch diejenigen angeblichen Vorkämpfer:innen gegen Antisemitismus hervortaten, die den Antisemitismus nur im „anderen“ politischen Lager oder bei bestimmten Gruppen erkennen wollen. Für eine derartige Instrumentalisierung hat sich der Begriff des ‚Antisemitismus der Anderen‘ etabliert. Dabei wird ausgeblendet, dass es sich bei Antisemitismus um ein fest mit der europäischen und folglich deutschen Kultur²¹ verflochtenes Phänomen handelt. Er wird exklusiv einer oder mehreren Gruppen zugeschrieben, die als „anders“ oder „antagonistisch“ markiert werden. Damit soll die tatsächliche oder vermeintliche Eigengruppe freigesprochen und entlastet werden.

Beispielhaft dafür sei ein Essay in der ZEIT vom April 1976 herangezogen, den der inzwischen verstorbene Schriftsteller und PDS-Abgeordnete Gerhard Zwerenz mit dem Titel „Linker Antisemitismus ist unmöglich“²² versah. Vice versa gibt es ähnliche Vorstellungen von Seiten der politischen Rechten. So wird jeder antisemitische Vorfall bei der politischen Linken dazu genutzt,

¹⁹ Vgl. Salzborn: *Unschuld*, S. 55. ²⁰ Besonders deutlich werden diese Prozesse im Multidimensionalen Erinnerungsmonitor der Stiftung Erinnerung. Verantwortung. Zukunft, der inzwischen für die Jahre 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 vorliegt.

²¹ Siehe hierzu: Nirenberg, David: *Anti-Judaismus: Eine andere Geschichte des westlichen Denkens*, übers. von Martin Richter, 2. Aufl., München: C.H.Beck 2017.

²² Zwerenz, Gerhard: „Linker Antisemitismus ist unmöglich“, *Die Zeit*, 09.04.1976, <https://www.zeit.de/1976/16/linker-antisemitismus-ist-unmoeglich> (letzter Zugriff am 21.11.2023). ²³ Hogen, Nikolaus/Neuburger, Tobias: „Antisemitismus der Anderen? – Einleitende Überlegungen“, in: dies. (Hrsg.): *Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis*, Innsbruck: innsbruck university press 2020, S. 9-19, hier S. 11.

die deutsche Läuterung zu betonen. Nach 1945 sei extrem rechter Antisemitismus kein Problem mehr, sondern finde sich vor allem in der politischen Linken oder in migrantisch bzw. muslimisch markierten Personengruppen. Letztere werden „symbolisch ausgebürgert“²³, um die weiße, christliche, deutsche Mehrheitsgesellschaft zu entlasten. Der Antisemitismus sei folglich ein nicht-europäisches Problem. Es sei dem aufgeklärten globalen Norden nach dem industriellen Massenmord fremd geworden und werde nun aus dem, was als islamische Welt bezeichnet wird, „importiert“. Diese Umstände bringen zusätzliche Komplexität in die Debatten um Antisemitismus. In diesen ist es notwendig, einerseits den Fokus auf das ursprüngliche, kritisierte Ereignis zu bestärken, damit die Debatte sich entsprechend der üblichen Abläufe davon entfernt. Andererseits gilt es auch eine Sensibilität dafür zu entwickeln, dass unter denjenigen, die den antisemitischen Vorfall kritisieren, auch schnell jene zu vernehmen sind, die externalisieren, eine Projektionsfläche für rassistische Vorstellungen suchen oder versuchen, die Kritik als Trittbrett für ihre politische Agenda zu nutzen.

So waren in den vergangenen kulturpolitischen Debatten jene Stimmen zu vernehmen, die die Ziele und Forderungen wahlweise der Linken, queerer oder postkolonialer Bewegungen pauschal in Frage stellten. Ähnliches lässt sich bei der Thematisierung von Antisemitismus unter Muslim:innen und im Islamismus feststellen. Wer Erkenntnisse in diesem Bereich liefert, wie zum Beispiel das American Jewish Committee Berlin mit ihrer 2022 veröffentlichten Repräsentativbefragung²⁴, muss damit rechnen, dass diese aus dem Zusammenhang gerissen und mit einem rassistischen Framing versehen werden.

Die Doppelmoral ist offenkundig. Das zeigte insbesondere die sogenannte Flugblatt-Affäre um Hubert Aiwanger. Die Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zu diesem Vorfall sind paradigmatisch.

Obwohl Aiwanger die ²⁵ ihm durch den Ministerpräsidenten gestellten Fragen zum Flugblatt nur unzureichend beantwortete, hielt Söder aus Opportunität an ihm als Vize fest. Obwohl Aiwanger mit seinen Relativierungen das Vertrauen in eine ent-

schiedene Bekämpfung von Antisemitismus und den Einsatz für jüdisches Leben durch den Freistaat massiv beschädigt hatte, verblieb er in seinem Amt. Söder ordnete die Affäre nicht in den Kontext von Aiwangers verschwörungsideologisch anmutenden Aussagen in Erding ein. Während Aiwanger die Vorwürfe gegen ihn als Schmutzkampagne abtat, sprach der Ministerpräsident von angeblicher „Reue“ und nannte den Freistaat ein Bollwerk gegen Antisemitismus.²⁶

Nachdem im Mai 2021 – im Kontext neuerer militärischer Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und palästinensisch-islamistischen Terrorgruppierungen – auf Demonstrationen antisemitische Äußerungen fielen, hatte Bayerns Ministerpräsident noch ein härteres Vorgehen gegen Judenfeindlichkeit gefordert. Damals sagte er, dass „Antisemitismus – auch der Alltagsantisemitismus – [...] ein schweres Vergehen“ und es damit notwendig sei, „mit höheren Strafen [zu] operieren“.²⁷ Das galt für seinen Stellvertreter offenbar nicht.

Nachdem nun der Blick auf den Mechanismus der Entlastung und die gegenwärtigen Instrumentalisierungen innerhalb politischer Diskurse um Antisemitismus gerichtet war, soll es im Folgenden um konkrete Strategien und Begriffe gehen, die für die politische Rechte zentral in ihrem Verhältnis zu jüdischem Leben, Israel und Antisemitismus sind. Dabei werden drei Umgangsweisen fokussiert:

1. Selbstverharmlosung und „Wiedergutwerdung“,
2. Trugbild-Zionismus und
3. israelbezogener Antisemitismus und Vorstellungen jüdischer Übermacht

1. Selbstverharmlosung und „Wiedergutwerdung“

Bei Punkt 1 geht es zusammengefasst darum, dass viele Debatten um das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel in den vergangenen Jahren schon daran zu scheitern schienen, dass Begriffe und Strategien, die man in den Denkfabriken der Neuen Rechten erarbeitet hatte, nicht durchschaut wurden.

Das betrifft zum Beispiel das Verhältnis von Teilen der politischen Rechten zu Shoa und jüdischem Leben. Es wird regelmäßig zi-

²⁴ Siehe: Institut für Demoskopie Allensbach: „Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung“, 2022, https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC%20Berlin_Antisemitismus%20in%20Deutschland_Eine%20Repräsentativbefragung.pdf (letzter Zugriff am 20.11.2023). ²⁵ Siehe hierzu u.a.: Schmitt, Christina/Wengert, Jonas: „Demo gegen Heizungsgesetz: Aiwangers Frontalangriff gegen Berlin“, BR24, 10.06.2023, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aiwangers-scharfe-worte-gegen-geplantes-heizungsgesetz,tgmilUG> (letzter Zugriff am 14.10.2023). ²⁶ Vgl. Schuler, Katharina: „Alles für die Macht“, Zeit-Online, 03.09.2023, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/hubert-aiwanger-afaeere-markus-soeder-bayern> (letzter Zugriff am 03.10.2023); Kammler, Julia: „Flugblatt-Affäre in Bayern. Söder hält an seinem Vize Aiwanger fest“, 03.09.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/jinnenpolitik/soeder-aiwanger-114.html> (letzter Zugriff am 03.10.2023). ²⁷ dpa Bayern: „Söder: Bei Antisemitismus ‚mit höheren Strafen operieren““, Zeit-Online, 23.05.2021, <https://www.zeit.de/news/2021-05/23/soeder-will-bei-antisemitismus-hoehere-strafen> (letzter Zugriff am 03.10.2023). ²⁸ Zitiert nach: dpa: „Gauland: Hitler nur ‚Vogelschiss‘ in deutscher Geschichte“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.06.2018, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html> (letzter Zugriff am 04.10.2023). ²⁹ Zitiert nach: Nowotny, Konstantin: „Höcke-Rede im Wortlaut: ‚Gemütszustand eines total besiegten Volkes““, tagesspiegel, 19.01.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> (letzter Zugriff am 04.10.2023). ³⁰ Zitiert nach: Röhling, Marc/Schulz, Benjamin: „Weidel empört mit Aussage über Fall des NS-Regimes“, Spiegel Online, 11.09.2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/alice-weidel-empuert-mit-niederlage-zitat-ueber-fall-des-ns-regimes-a-d9890a49-849f-46a1-afb5-72effa2f2196> (letzter Zugriff am 04.10.2023).

tiert, dass der AfD-Ehrenvorsitzende, Alexander Gauland, noch in seiner Rolle als Fraktionsvorsitzender im Bundestag, davon sprach, dass „Hitler und die Nationalsozialisten [...] nur ein Vogelschiss in 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“²⁸ seien; dass der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke sich eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“²⁹ wünschte; oder dass die derzeitige Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, erklärte, sie wolle „die Niederlage des eigenen Landes [...] [nicht] mit einer ehemaligen Besatzungsmacht“³⁰ feiern.

Zu Letzterem sei aus den Essays der Sozialpsycholog:innen Alexander und Margarete Mitscherlich zitiert, die die These aufstellten, dass die Lust an der Verdrängung in der Täter:innengesellschaft auch deshalb so groß sei, weil „der verlorene Krieg [...] [nicht] mit dem früheren idealisierten Selbstbildnis der privilegierten Rasse [...] zu vereinen“ sei.³¹

Das Verhältnis der AfD zu Erinnerungskultur und Shoa lässt sich allerdings mit eben erwähnten Einlassungen nicht vollumfänglich darstellen. Tatsächlich, wenn man den Blick noch auf die bürgerliche und demokratische Rechte erweitert, erkennt man, dass neben Geschichtsrelativierung und -verfälschung sowohl ernsthaftes Bemühen um eine plurale Erinnerungskultur als auch ein strategisches Verhältnis zu jener zu beobachten sind.

Ebenjenes strategische Verhalten ist gerade deshalb näher in den Blick zu nehmen, weil die demokratische, bürgerliche Rechte, die sich ernsthaft um Auseinandersetzung mit der Shoa bemüht, einen unverzichtbaren Teil bei der Aufrechterhaltung einer pluralistischen, demokratischen Erinnerungskultur darstellt.

Dieses strategische Verhältnis sollte im Kontext der Strategie der „Selbstverharmlosung“ begriffen werden. Inzwischen hat man diese Strategie im Zuge zunehmender Radikalisierung weitestgehend abgelegt, doch gleichermaßen scheint sie für das Verhältnis einiger nationalkonservativer Politiker:innen und Funktionär:innen in und außerhalb der AfD zu Israel und Judentum weiterhin maßgeblich zu sein.

Mitentworfen hat diese Strategie der neurechte Vordenker und Publizist Götz Kubitschek. Mit ihr sollten bürgerliche Wähler:innen gewonnen und Bündnisse mit der demokratischen Mitte ermöglicht werden, indem man seine wahren Ziele verschleiert.³² Die eigene Radikalität sollte camoufliert und das Sagbare bewusst verschoben werden. Nach außen hin spießbürgerlich bis nationalkonservativ und wenn doch einmal eine Aussage zu viel

Erregung erwecken sollte, bezeichnet man sie als „Ausrutscher“ oder „Missverständnis“.

Das beschrieb Kubitschek in der Zeitschrift SEZession, die von seiner neurechten Denkfabrik, dem Institut für Staatspolitik, herausgegeben wird. Es handele sich bei „Selbstverharmlosung“ um den „Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zur-Schau-Stellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren.“³³ In ihrer Kolumne auf ÜBERMEDIEN wies Samira El Ouassil 2019 darauf hin, wozu diese Strategie dient: Das „Fenster so zu verschieben, dass aus den Extremen etwas Normales wird.“³⁴

Für diese Strategie ist das Verhältnis zu jüdischem Leben und der Shoa von enormer Bedeutung. Dass „eine tatsächliche Aufarbeitung der Vergangenheit“ in Deutschland stattgefunden habe, bezeichnet der Antisemitismusforscher und Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Samuel Salzborn, als die „größte Lebenslüge der Bundesrepublik“.³⁵ Der Bann der Vergangenheit wurde eben nicht „durch helles Bewußtsein“ gebrochen, sondern ideologische Kontinuitäten werden weiterhin dadurch ermöglicht, dass eine Mehrheit in dieser Gesellschaft versucht, mittels der eigenen „Widergutwerdung“, den Schlussstrich zu ziehen.³⁶

Dazu gehört es, dass offener und vulgärer Antisemitismus in der Öffentlichkeit verurteilt wird. Man hat die Vorstellung kultiviert, dass ein vermeintliches Tabu des Antisemitismus existieren würde, welches allerdings einer kritischen Überprüfung nicht standhält: So erläutert Salzborn, dass bereits in den Umfragen nach Kriegsende „antisemitische Einstellungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel“ waren.³⁷ Bis heute, so zeigen es diverse Studien, gibt es einen harten Kern von 20 bis 30 Prozent der Deutschen, die antisemitische Ressentiments und Denkweisen reproduzieren. Dennoch ist das Narrativ mächtig, dass Antisemitismus in Deutschland „keinen Platz“ habe.

Die Strateg:innen der Neuen Rechten wissen sehr genau, dass vulgärer Antisemitismus dem Bild der geläuterten Deutschen widerspricht. Sie wissen sehr genau, dass eine Befürwortung von industriellem Massenmord und Vernichtungskrieg nicht mit dem Selbstbild des zynisch als „Erinnerungsweltmeister“ bezeichneten Deutschland zusammenpasst. Die öffentliche Reproduktion derartiger Position wird vermieden, um sich den Zugang zur bürgerlichen Rechten nicht zu verbauen. Daher werden antisemitische Stereotype chiffriert, Umwegkommunikation genutzt

²⁸ Mitscherlich/Mitscherlich: *Unfähigkeit*, S. 22, ²⁹ Vgl. „Selbstverharmlosung: Die Medienstrategie der AfD“, *Monitor*, Berlin, 19.09.2019, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-selbstverharmlosung-100.html> (letzter Zugriff am 03.10.2023).

³³ Kubitschek, Götz: „Selbstverharmlosung“, *Sezession im Netz*, 20.09.2019, <https://sezession.de/59584/selbstverharmlosung> (letzter Zugriff am 20.11.2023).

³⁴ El Ouassil, Samira: „Die AfD will harmlos wirken. Die Medien müssen ihre Strategie sabotieren“, *Übermedien*, 30.09.2019, <https://uebermedien.de/41948/die-afd-will-harmlos-wirken-die-medien-muessen-ihre-strategie-sabotieren/> (letzter Zugriff am 03.10.2023). ³⁵ Vgl. Witte, Leticia: „Die größte Lebenslüge der Bundesrepublik“. Interview mit Samuel Salzborn, *Jüdische Allgemeine*, 28.03.2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-groesste-lebensluege-der-bundesrepublik/> (letzter Zugriff am 20.11.2023). ³⁶ Adorno: „Aufarbeitung“, S. 10., ³⁷ Vgl. Salzborn: *Unschuld*, S. 69., ³⁸ Adorno: „Aufarbeitung“, S. 10.

und Denkweisen subtil bestärkt. Für diese Strategie ist es sinnvoll, sowohl die Vorstellung eines angeblichen Tabus aufrechtzuerhalten als auch diejenigen anzusprechen, die nun endlich den Schlussstrich unter die Geschichte setzen wollen.

Der Erfolg dieser Strategie zeigt, wie brüchig der Firnis ist. Er zeigt, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte eben nur durch Teile der Gesellschaft stattgefunden hat und, um Adorno zu zitieren, wie die „Bereitschaft zum Unsäglichen fortweist in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern.“³⁸

Eine „Bereitschaft“, wie sich in der Gewalt ausdrückt, die die Opfer und ihre Nachfahren heute erleben, eine „Gewalt der Erinnerungsverweigerung, eine Gewalt des Vergessens“.³⁹ Diese begründe sich darin, dass sich für die neuen Antisemit:innen „nichts Positives, nichts Konstruktives aus Auschwitz ergibt, sondern dass sie das Erbe der Barbarei nur verarbeiten könnten, wenn sie zunächst einmal bereit wären, es zu ertragen“, wie es Salzborn formuliert.⁴⁰

Offensichtlich wurde die Strategie der „Selbstverharmlosung“ mit Blick auf jüdisches Leben angewendet, als die ehemalige Vorsitzende, Frauke Petry, auf Kritik durch den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, antwortete, dass die AfD „einer der wenigen politischen Garanten jüdischen Lebens auch in Zeiten illegaler antisemitischer Migration nach Deutschland“ sei.⁴¹ Ganz anders klang der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages.

Im selben Monat, im April 2017, bescheinigte er der AfD das unter den im Bericht begutachteten Parteien und Fraktionen „mit Abstand [...] größte Antisemitismus-Problem“.⁴² Und in der bereits erwähnten Repräsentativbefragung, die das Institut für Demoskopie Allensbach für das American Jewish Committee durchgeführt hatte, wurde festgestellt, „dass antisemitische Einstellungen unter den Wählerinnen und Wählern der rechtsextremistischen Alternative für Deutschland (AfD) besonders weit verbreitet sind.“⁴³

Gleichermaßen verbindet sich die Position hinsichtlich Antisemitismus mit einem weiteren wichtigen ideologischen Baustein: der vermeintliche Abwehrkampf gegen eine phantasierte islamische Bedrohung. Zum Teil verbindet sich der Antisemitismus mit Rassismus und Misogynie zu einem ideologischen Dreizack, wie es der Publizist und Autor Ruben Gerczikow einmal mit Blick auf

das Weltbild des Attentäters von Halle beschrieben hatte. Zum Teil wird ein vermeintlich positiver Bezug zu Judentum und Israel in das eigene Weltbild und die öffentliche Rhetorik integriert, doch auch diese Praxis ist durchschaubar.

2. Trugbild-Zionismus

Gemeinsam mit dem bereits erwähnten Ruben Gerczikow habe ich diesen Begriff entwickelt, der nun erläutert werden soll. Er basiert auf einem manichäischen Weltbild, also einem Dualismus von „gut“ und „böse“, von „wir“ gegen „die Anderen“. Wie tiefgreifend dieses Problem ist, wird deutlich, wenn man sich mit der Beschreibung der „Wir“-Gruppe näher befasst. Hierzu lässt sich der Begriff vom „christlich-jüdischen Abendland“ heranziehen. Dieser wird oft unhinterfragt genutzt, um auf eine phantasierte „christlich-jüdische Gemeinschaft“, einen vermeintlichen gemeinsamen Wertekanon oder eine gemeinsame Geschichte zu verweisen.

In ihrer Dissertation stellt Hannah Peaceman im Kontext der Verwendung des Begriffs „jüdisch-christliche Tradition“ in der Philosophie folgende Probleme mit eben jenem fest: Erstens habe der Begriff seine Bedeutung nie mit Blick auf die Eigenständigkeit des Judentums erhalten, sondern wurde zur „Abgrenzung und Verbindung des Christentums im Verhältnis zum Judentum“ verwendet.⁴⁴ Dabei wurde „Jüdisch“ zum „Token“, in dem Sinne, dass es das Christliche „als positiv oder negativ“ bestimmte.⁴⁵ Doch was mit „jüdisch“ gemeint sei, wurde nie weiter bestimmt.⁴⁶ Zum Zweiten werde die „Ausgrenzungsgeschichte von Jüd*innen und ihre Emanzipationsgeschichte“, welche die europäisch-christliche Aufklärung und Moderne geprägt habe, in dem Begriff nicht bedacht.⁴⁷ Und Drittens, so argumentiert Peaceman, werde ein Ideal aus dem US-amerikanischen Diskurs übernommen, ohne dabei die Shoa und damit auch die Vernichtung jüdischer Kultur und Wissenschaft in Deutschland angemessen zu integrieren.⁴⁸

Gerczikow geht noch einen Schritt weiter und spricht von einem „politischen Kampfbegriff“⁴⁹. Er betont, dass Begriffe wie „christlich-jüdisches Abendland“ oder „christlich-jüdische Tradition“ verdrängen, „dass besonders die christlichen Kirchen über die vergangenen zwei Jahrtausende entscheidend die Verfolgung von Jüdinnen und Juden angeführt haben.“⁵⁰

³⁹ Vgl. Salzborn: Unschuld, S. 17., ⁴⁰ Vgl. Ebd., ⁴¹ dpa: „Petry: AfD ist Garant des jüdischen Lebens“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.04.2017, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chefin-frauke-petry-weist-ronald-lauder-kritik-zurueck-14959733.html> (letzter Zugriff am 04.10.2023), ⁴² Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus: „Bericht“, Bundestagsdrucksache 18/11970, Berlin: Deutscher Bundestag, 07.04.2017, S. 154, <https://dserver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf> (zugegriffen am 04.10.2023), ⁴³ Institut für Demoskopie Allensbach: „Repräsentativbefragung“, S. 4., ⁴⁴ Peaceman, Hannah: Die Dialektik der Emanzipation: Das Potential jüdischer Perspektiven für die politische Philosophie der Gegenwart, WeißerReihe, hg. von Gerald Hartung und Alexander Schnell, 2022. Aufl., Frankfurt: Vittorio Klostermann 2021, S. 132f.

⁴⁵ Ebd., ⁴⁶ Ebd., S. 133., ⁴⁷ Ebd., S. 134., ⁴⁸ Vgl. Ebd., ⁴⁹ Gerczikow, Ruben: „Christlich-jüdisches Abendland“, Journalist Redaktionswerkstatt. Das Diversity-Lexikon (08.12.2021), <https://www.journalist.de/startseite/detail/article/das-diversity-lexikon> (letzter Zugriff am 05.10.2023).

⁵⁰ Ebd., ⁵¹ Zitiert nach: Wehner, Markus: „Israels falsche Freunde“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-afd-und-der-antisemitismus-israels-falsche-freunde-16605456.html> (letzter Zugriff am 03.10.2023).

Diese Tatsachen werden weitestgehend ignoriert, wenn wieder einmal die „christlich-jüdische Wertegemeinschaft“ hervorgehoben wird. Doch diese Hervorhebung beruht auf einer Strategie, denn wie bereits bemerkt, dient sie dazu, eine „wir“- von einer „sie“-Gruppe zu scheiden. Nicht nur, aber vor allem bei der AfD geschieht das am offensivsten. So ließ sich 2020 auf der Facebook-Präsenz der AfD lesen, dass „rechtsextreme Menschen mit antisemitischen Vorurteilen“ hinter einer „quantitativ und qualitativ viel größere[...] Bedeutung“ zurückstehen, nämlich dem „muslimische[n] Judenhass“.⁵¹ Die positive Bezugnahme auf ein „christlich-jüdisches Abendland“ oder auf den jüdischen Staat Israel schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Man stellt sich in das Narrativ der „Wiedergutwerdung“, gibt sich geläutert, indem man angeblich für jüdisches Leben Partei ergreift. Gleichermäßen nutzt man dieses nur als eine Projektionsfläche für das eigene rassistische Weltbild. So wird eine Unvereinbarkeit zwischen einem „christlich-jüdischen Abendland“ – welches spätestens, nachdem es ein Drittel der jüdischen Bevölkerung weltweit vernichtet hat, aufgeklärt sei – und einer vermeintlich unzivilisierten islamischen Welt inszeniert, in der der Antisemitismus „mit der Muttermilch aufgesogen“ werde. Dabei wird freilich das Zitat des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Schamir aus dem Zusammenhang gerissen, der ebensolchen über die polnische Bevölkerung behauptet hatte.

Antisemitismus und Rassismus sind fest mit der deutschen Kulturtradition verflochten und stellen sich „weitgehend [als] eine gemeinsame Tradition des christlichen Westeuropas“ dar, wie es die Rechtsextremismusforscherin Birgit Rommelspacher hervorhob.⁵² Insofern sollte diese Verbindung auch in diesem Kontext nicht überraschen.

Während in der AfD eine quantitativ unbedeutende parteieigene Gruppe wie die „Juden in der AfD“ als Feigenblatt und folglich „gute Juden“ versteht, sind Jüdinnen und Juden, die sich gegen die paternalistische Parteinahme verwehren, freilich die „schlechten Juden“. Dabei trifft Letzteres auf die überwiegende Mehrheit jüdischer Selbstorganisationen in Deutschland zu. Das Prinzip *divide et impera*, „Teile und herrsche!“, wird auch hier eingesetzt.

Dabei beruht die vermeintliche Parteinahme für Jüdinnen und Juden auch nicht auf einer Beschäftigung mit jüdischer Lebenswirklichkeit. Sonst würde die Tatsache der rechtsterroristischen antisemitischen Gewalttradition die eigene Wahrnehmung in

Frage stellen. Vielmehr ist auch das „Gerücht über die Juden“ vorherrschend, wie Adorno einst Antisemitismus definierte. Jüdisches Leben wird zur Projektionsfläche: Jüdinnen und Juden werden als „Feind meines Feindes“ imaginiert und somit in der Dichotomie der Eigengruppe zugeschlagen. Zusammen stehen man der vermeintlichen Bedrohung durch muslimische Geflüchtete und Zuwandernde gegenüber, was sich im Geopolitischen auf Israel überträgt. Während zwar einige Teile der AfD mit Regimen wie dem des syrischen Gewaltherrschers Baschar al Assad oder dem der Mullahs in Tehran, scheint ein vermeintlich proisraelischer Kurs die Regel zu sein – auch wenn dieser nicht im Bundestagswahlprogramm durchgesetzt werden konnte.⁵³

Der Begriff des „christlich-jüdischen Abendlandes“ kann auch in ein „zentrale[...]s] Ideologem“⁵⁴ integriert werden: den Ethnopluralismus. Dieses Ideologem entstand als Anpassung rassistischer Artikulation an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Auf die zunehmende öffentliche Sensibilität gegenüber der Äußerung rassistischer Denkweisen, reagierte man, indem eine mildere Ausdrucksweise gesucht wurde, die die Substanz rassistischen Denkens nicht antastete. Auch die bürgerlich-demokratische Rechte distanziert sich, wenn Rassismus vulgär und offen artikuliert wird. Deshalb wurde für diesen ein salonfähiges Gewand geschaffen.

Es handelt sich um eine Weltanschauung, welche behauptet, dass Gesellschaften auf Grundlage kultureller Homogenität nach Ethnien getrennt werden sollten, weil vermeintlich ‚fremde‘ Einflüsse die Gesundheit der ‚Identität‘ eines Volkes bedrohen. Innergesellschaftliche und globale Konflikte ließen sich angeblich nur durch die Fokussierung auf die eigene Besonderheit lösen. Die „früher übliche Hierarchisierung von Gruppen, Völkern oder ‚Rassen““ wurde eingetauscht gegen die vermeintliche Aufrechterhaltung von „Unterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen von Menschen“, arbeitet Stephan Grigat heraus.⁵⁵

Damit hat die Neue Rechte den Kampf progressiver Gruppen für „die Emanzipation des Menschen [...] , also] um Rechtsgleichheit der Verschiedenen“ gekapert, indem auf den Begriff der ‚Differenz‘ ein rassistisches Ideologem aufgepropft wird.⁵⁶ Der progressive Kampf um „Rechtsgleichheit der Verschiedenen“ wird umgekehrt, „indem [...] auf die Differenz von Völkern und Kulturen“ gepocht wird.⁵⁷ Was gut zur politischen Rechten passt, die, wie es der Historiker Volker Weiß feststellt, seit eh und je um „Ordnungen der Ungleichheit“ kämpft.⁵⁸

⁵² Rommelspacher, Birgit: *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, 2. Aufl., Berlin: Orlanda Frauenverlag 1998, S. 43, ⁵³ Wehner: „Israels“.

⁵⁴ Aftenberger, Ines: *Die Neue Rechte und der Neorassismus*, 1. Aufl., Graz: Leykam 2007, S. 7, ⁵⁵ Grigat, Stephan: „Die ‚Minderwertigen‘. Rassismus und Wertvergesellschaftung“, *Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift* 5 (1999), <https://www.cafecritique.priv.at/pdf/minderwertig.pdf> (letzter Zugriff am 20.06.2021), ⁵⁶ Richardt/Weiß: „Rechte“, S. 85, ⁵⁷ Ebd., ⁵⁸ Ebd.; siehe auch: Breuer, Stefan: *Ordnungen der Ungleichheit - die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt: wbg Academic in Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2011.

Die salonfähige Reformulierung des Rassismus ermöglicht es auch, sich von historisch vorbelastetem Vokabular zu verabschieden und sich selbst als harmlos darzustellen. Dabei ist die Vorstellung des Ethnopluralismus auch zutiefst antisemitisch aufgeladen, wie sich in der Erzählung des vom französischen Schriftsteller Renaud Camus geprägten ‚Großen Austausch‘ zeigt. Der Ethnopluralismus sei nur eine Reaktion auf eine vermeintliche Vermischung von Kulturen, die nicht ziellos und ungeplant ist. Hinter all dem werden ‚böse‘ Kräfte vermutet, die planmäßig die Auslöschung ‚reiner Ethnien‘ betreiben würden. Jüdinnen und Juden werden als ‚fünfte Kolonne‘, als nicht dem Volk zugehörig und somit als innerer Feind inszeniert, da sie die Personifikation dieser Kräfte seien. Dieser salonfähige „Rassismus ohne Rassen“ stellt wahrscheinlich lediglich eine „Übergangsformation auf dem Weg zu einer Renaissance eines biologistischen, quasi klassischen Rassismus“ dar.⁵⁹

Die Rechte erklärt nun Israel zum Nachahmungsobjekt, gemeinsam im Kampf gegen den gleichen Feind, vor dem man sich abschotten müsse – dem Terrorismus durch einen monolithisch gedachten Islam. Dass nun Rechte wie der ehemalige Leiter des extrem rechten Mediums Breitbart, Steve Bannon, die FPÖ, die AfD und Viktor Orbán ihre Sympathien für den jüdischen Staat entdecken, hatte einige Fehlinterpretationen zur Folge. So wurde erklärt, dass die Bündnisse zwischen Politikern wie Netanyahu und Orbán doch Beweis genug dafür seien, dass es sich bei Israel um ein rechtes Projekt handelt.

Die inzwischen nahezu bekannteste Persönlichkeit der Queer Theory, Judith Butler, hat dafür den Begriff „antisemitische[r] Zionismus“ entwickelt.⁶⁰ Für Butler ist das Agieren bestimmter Politiker:innen ein Anzeichen dafür, dass der Staat Israel im Bunde mit zutiefst antisemitischen Kräften sei. Israel, der jüdische Staat, sei also ein für Jüdinnen und Juden schädliches Projekt.

Butler arbeitet einen wichtigen Punkt heraus, aus welchem sie allerdings falsche Schlüsse zu ziehen scheint. Anders macht es Hannah Rose in ihrem Bericht für das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR) des Londoner King's College. Sie stellt in ihrem Bericht über die veränderte Haltung in Teilen der Neuen Rechten gegenüber Jüdinnen und Juden fest, dass es zu einer „grundlegenden Neudefinition des Judentums“⁶¹ gekommen sei. Jüdinnen und Juden gelten laut dieser Neudefinition als „europäisch, israelfreundlich und antimuslimisch“.⁶²

Rose betont, dass die vermeintlich ‚positiven‘, auf Stereotypen basierenden Gefühle letztlich „in denselben Prozessen wie Antisemitismus“ wurzeln.⁶³ Das führe dazu, dass der jüdische Staat als „europäische Grenze“ gegen die arabische Welt imaginiert, Jüdinnen und Juden als antimuslimisch markiert und damit als Verbündete im Kampf gegen das Feindbild ‚Islam‘ und die vermeintliche Islamisierung gesehen werden.⁶⁴

Butler geht davon aus, dass diejenigen, die sie als ‚antisemitische Zionist*innen‘ benennt, tatsächlich Jüdinnen und Juden ein Gebiet zusichern, in dem sie vor Antisemitismus sicher sind. Dem sei hier widersprochen, denn vielmehr wollen sie im Sinne des Ethnopluralismus ‚kulturelle Homogenität‘ durch die Auswanderung von Jüdinnen und Juden herstellen. Die vermeintlich ‚positive‘ Haltung gegenüber (zionistischen) Jüdinnen und Juden beruht, wie Rose festgestellt hat, auf antisemitischen Stereotypen: Man will Jüdinnen und Juden als mächtige Verbündete.

Ähnlich wie auch im Nationalsozialismus kann sich der Antisemitismus unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten suchen und dazu kann es eben auch gehören, Jüdinnen und Juden zur Ausreise zu bewegen. Doch sobald Antisemit:innen bemerken, dass sich damit nicht alle Krisen in ihrer Gesellschaft auflösen, kann es nur noch ein Mittel geben: Solange ‚der Jude‘ existiert, können Antisemit:innen nicht zur Ruhe kommen. Und die innere Unruhe kann sich nie legen, weil Antisemit:innen entscheiden, wer und was ‚jüdisch‘ ist. Es ist ein sich selbst erhaltendes System, in dem es nur eine finale Lösung geben kann, nämlich die Vernichtung von Menschenleben, die die tatsächlichen Probleme verschleierte, sich dabei aber als ‚Endlösung‘ geriert.

Bei dem, was Butler als „antisemitischen Zionismus“ bezeichnet, handelt es sich nicht wirklich um Zionismus. Die Philosophin unterliegt einem Irrtum, der nicht nur darauf beruht, dass sie die neurechte Ideologie falsch einschätzt; sie scheint sie sogar gänzlich bei ihrer Begriffsbildung zu ignorieren. Dabei hatte Adorno erklärt, dass eine wirksame „Abwehr des Antisemitismus [...] von einer wirksamen des Nationalismus in jeglicher Gestalt untrennbar“ sei.⁶⁵ Es sei unmöglich, gleichzeitig „gegen Antisemitismus“ wie auch „ein militanter Nationalist“ zu sein.⁶⁶

Es handelt sich nicht um Zionismus, sondern um einen strategischen Antisemitismus und ein rein instrumentelles Verhältnis zum jüdischen Staat. Das, was hier Zionismus genannt wird, ist lediglich ein Trugbild. Deshalb sprechen Ruben Gerczikow und

⁵⁹ Diese Überlegung findet sich in: Butler, Judith: „Antisemitismus und Rassismus. Für eine Allianz der sozialen Gerechtigkeit“, in: Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron / Szneider, Natan (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*, 2. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2019, S. 73-91, hier S. 74.

⁶⁰ Rose, Hannah: „The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right“, London: International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), 11.2020, S. i, <https://icsr.info/wp-content/uploads/2020/11/ICSR-Report-The-New-Philosemitism-Exploring-a-Changing-Relationship-Between-Jews-and-the-Far-Right.pdf> (letzter Zugriff am 20.11.2023), eigene Übersetzung, ⁶² Ebd., ⁶³ Ebd., ⁶⁴ Vgl. Ebd.

⁶⁵ Vgl. Adorno, Theodor W.: „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute“, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 20.1. *Vermischte Schriften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1997, S. 360-383, hier S. 381., ⁶⁶ Vgl. Ebd.

ich von ‚Trugbild-Zionismus‘. Dieser ist kein Partner im Kampf für eine bessere Gesellschaft, da er kein emanzipatorisches Anliegen vertritt, sondern zur Verschleierung von Ideologien der Ungleichwertigkeit dient. Die vermeintliche Sympathie für und Allianz mit Israel soll als Feigenblatt dienen, um rassistische Positionierungen zu verschleiern, sowie als Distinktionsmerkmal, um sich selbst gegenüber offenen Antisemit:innen vor allem in der extremen Rechten abzugrenzen. Auf diese Weise können rechtsradikale Akteur:innen den bürgerlichen Schein wahren, hinter dem sich ein nicht minder radikales Weltbild verbirgt.

3. Israelbezogener Antisemitismus und Vorstellungen jüdischer Übermacht

„Zionismus stoppen. Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“, schrieb die Neonazi-Partei „Die Rechte“⁶⁷ auf ihre Wahlplakate. Die Generalstaatsanwaltschaft in Celle erkannte, „dass die plakatierten Äußerungen sich unter dem dünnen Schleier vermeintlicher Kritik an dem Staat Israel als antisemitische Hetze darstellen“⁶⁸. Neben den bisher dargestellten Versuchen, durch die Inszenierung als pro-zionistisch oder als Teil eines vermeintlichen geschichtspolitischen Kanons, die eigene Harmlosigkeit zur Schau zu stellen, währt allerdings auch unvermindert der offene Antisemitismus in der politischen Rechten, vor allem der neonazistischen Rechten fort.

Dabei spielt insbesondere inszeniertes Rebellentum eine hervorgehobene Rolle. Denn auch aus dieser Perspektive wird die Vorstellung bestärkt, dass es angeblich in Deutschland eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gegeben habe. Diese wird allerdings nicht positiv bewertet. Es werden Vorstellungen von vermeintlichen Tabus betont, die die imaginierte Wahrheit über die Shoa unterbinden würden oder Teil einer angeblichen „Holocaust-Industrie“ seien. Israel, das jüdische Volk oder jüdische Eliten nützten aus, dass den Deutschen ein „Schuld kult“ aufgezwungen würde. Ziel dessen seien materielle Vorteile, oder die „kulturelle[...] und mentale[...] Unterwer-

fung“.⁶⁹ Die Hintergründe derartiger Denkweisen hatte Theodor W. Adorno im Jahr 1962 erklärt:

„Darauf spekuliert tatsächlich einer der westlichen Tricks von Antisemiten heute: sich als Verfolgte darzustellen; sich zu gebärden, als wäre durch die öffentliche Meinung, die Äußerungen des Antisemitismus heute unmöglich macht, der Antisemit eigentlich der, gegen den der Stachel der Gesellschaft sich richtet, während im allgemeinen die Antisemiten doch die sind, die den Stachel der Gesellschaft am grausamsten und am erfolgreichsten handhaben.“⁷⁰

Doch obwohl die Sache so eindeutig erscheint, ist sie es wohl nicht. So stellte der Rechtsextremismusforscher Gideon Botsch 2020 in einem Beitrag für den Sammelband „Wissen schafft Demokratie“ die These auf, dass die „Rechtsextremismusforschung Wandlungs- und Anpassungsprozesse im Antisemitismus [nicht] adäquat“ erfasse und auch „Forschungen zum aktuellen Antisemitismus die spezifisch rechtsextreme Dimension dieses Phänomens [nicht] hinreichend“ erkennen.⁷¹ Dabei habe die Transformation des Antisemitismus auch in diesem Bereich folgen gehabt. Da offener und vulgärer Antisemitismus in Deutschland weitestgehend tabuisiert ist, ist auch in der extremen Rechten der israelbezogene Antisemitismus von hervorgehobener Bedeutung. „Israel“, so hat es die Linguistin Monika Schwarz-Friesel gemeinsam mit den Historikern Jehuda Reinharz und Evyatar Friesel erarbeitet, sei zu „primäre[...] [m] Bezugsrahmen und Projektionsfläche der Judenfeindschaft“ geworden.⁷²

Das geht gleichermaßen mit der Modernisierung des Antisemitismus einher, wie sie sich laut dem Politikwissenschaftler Lars Rensmann in bestimmten „antisemitische[n] Denk- und Ausdrucksformen“ widerspiegelt, die sich als „ideologische Codierungen und Modifikationen [...], ohne notwendig mit dem modernen Antisemitismus als Weltdeutung zu brechen“, darstellen, und somit auf die „veränderten demokratischen Ansprüche nach dem Holocaust“ reagieren.⁷³ Dennoch, so kritisiert es Botsch,

⁶⁷ Inzwischen ist diese größtenteils in „Die Heimat“ aufgegangen. Kurz nach dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf den Süden Israels hingen „Die Heimat“-Mitglieder in Dortmund-Dorstfeld an einem Haus, das als Neonazi-Treff bekannt ist, ein Banner auf, das ebenfalls den Schriftzug „Israel ist unser Unglück“ trug. Siehe hierzu u.a.: Wyputtta, Andreas: „Neonazis suchen Heimat“, taz, 25.01.2023, <https://taz.de/Zersplitterte-Rechtsextreme/15907839/> (letzter Zugriff am 14.10.2023); WDR: „Anti-Israel Flagge an Dortmunder Neonazi-Treff beschlagnahmt“, WDR, 11.10.2023, <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/naazi-flagge-israel-dorstfeld-100.html> (letzter Zugriff am 14.10.2023).

⁶⁸ Zitiert nach: Speit, Andreas: „Antisemitische Hetze auf Wahlplakaten: Gerichte bremsen Ermittlungen“, Die Tageszeitung: taz, 04.02.2021, <https://taz.de/15745077/> (letzter Zugriff am 20.11.2023).

⁶⁹ Botsch, Gideon: „Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘“, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Bd. 8, Jena 2020, S. 16-29, hier S. 25, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitag_Gideon_Botsch_.pdf (letzter Zugriff am 05.10.2023). ⁷⁰ Adorno: „Bekämpfung“, S. 363, ⁷¹ Botsch: „Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘“, S. 18.

⁷² Schwarz-Friesel, Monika/ Friesel, Evyatar/Reinharz, Jehuda: „Aktueller Antisemitismus als Phänomen der Mitte - Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems“, in: Aktueller Antisemitismus: ein Phänomen der Mitte?, Berlin / New York: Walter de Gruyter 2010, S. 1-14, hier S. 2f., ⁷³ Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S. 79.

⁷⁴ Botsch: „Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘“, S. 19., ⁷⁵ Rensmann, Lars: „Der Nahost-Konflikt in der Perzeption des Rechts- und Linksextremismus“, in: Faber, Klaus/ Schoeps, Julius H./Stawski, Sacha (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2006, S. 33-47, hier S. 345., ⁷⁶ Vgl. Botsch: „Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘“, S. 23.

werde der extrem rechte Antisemitismus häufig als einer gedacht, der „rückwärtsgewandt“ oder „ewig-gestrig“ sei.⁷⁴ Dabei ziehe sich, wie Rensmann bemerkt, durch viele Gruppen eine „antisemitisch grundierte[...] Israelfeindschaft“.⁷⁵ Das ist insofern wenig verwunderlich, als dass trotz bestehender Forschungsdesiderate die extreme Rechte einen „bedeutenden Teil“ dazu beigetragen hat, dass sowohl die „alten“ Dimensionen des Antisemitismus tradiert wurden als auch die „neuen“ Dimensionen, also der nach 1945 entstandene sekundäre und der nach 1948 entstandene israelbezogene Antisemitismus, sich herausgebildet haben.⁷⁶

Bis 1967 gab es außerhalb der extremen Rechten kaum eine nennenswerte gesellschaftliche Gruppierung, die den Stachel des Antisemitismus auf ähnliche Weise handhabte, wenn es um Israel ging.⁷⁷

Bei seiner Betrachtung dieser modernisierten Artikulationsformen in der extremen Rechten weist Botsch auf internationale Kampagnen in diesem Spektrum hin, deren Ziel es sei, die Erinnerungskultur an die Shoa als Instrument israelischer Politik darzustellen.⁷⁸ Wenn dabei behauptet wird, dass Israel auf diese Weise eine „vermeintlich imperialistische[...], kolonialistische[...], rassistische[...] oder zumindest menschenrechtswidrige[...] Politik“ legitimieren wolle, dann bietet das wiederum auch für andere politische Bewegungen Anschlussfähigkeit und es komme zu „wechselseitigen Beeinflussungen“.⁷⁹

Die Parteinahme für die Sache der Palästinenser:innen gegen einen imaginierten „Vernichtungsfeldzug Israels“ oder einer „israelischen Aggressionspolitik“ zielt fernab aller historischen Verbindungen vor allem auf ein strategisches Moment ab.⁸⁰ Neben den ideologischen Parallelen, z.B. eines „nationalen Widerstandes“, der sowohl in Palästina als auch in Deutschland nationale Pflicht sei, oder der Verbindung zwischen Mensch und seiner „Scholle“, also einer Blut-und-Boden-Ideologie, geht es dabei um die stete Reproduktion des Antisemitismus als „weltanschaulichem Kern“ und die Relativierung der Shoa durch Täter-Opfer-Umkehr.⁸¹

Abschluss

Gegenüber gängigen Vorstellungen wie einem offensiven Antisemitismus oder einem vernachlässigbaren Antisemitismus in der politischen Rechten wurde die Komplexität der Narrative und Strategien aufgezeigt. Dies erscheint deshalb besonders wichtig, weil aus Analysen, die diese ignorieren, bestimmte Wahrnehmungen von Erinnerungskultur, dem deutsch-israelischen

Verhältnis oder dem Zionismus abgeleitet werden, die sich als verkürzt darstellen. Neben einer demokratischen Rechten, die Erinnerungskultur in ihrer Pluralität bestärkt, zielen allerdings viele der aufgezeigten Probleme darauf hinaus, mittelbar oder unmittelbar die Erinnerung an die Shoa abzuschwächen. So ist zu unterstreichen, was Samuel Salzborn mit Blick auf den Antisemitismus in Deutschland festgestellt hat, dass dieser nämlich immer einen Bezug zur Erinnerungsabwehr aufweist. Gleichermaßen wurde in diesem Beitrag aufgezeigt, dass auch unter pro-israelischen Gruppierungen ein genauerer Blick notwendig ist. Nicht jede Gruppierung, die sich ein pro-israelisches oder prozionistisches Selbstverständnis auf die Fahnen schreibt, sollte als Verbündeter im Kampf gegen Antisemitismus betrachtet werden, insbesondere wenn Israel als Projektionsfläche für rassistische Vorstellungen oder als Frontkämpfer in einem globalen Konflikt gegen einen monolithisch gedachten Islam imaginiert wird.

⁷⁷ Vgl. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: „Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten“, in: Glöckner, Olaf/Schoeps, Julius H. (Hrsg.): *Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme*, Hildesheim/Zürich/New York: Olm Verlag 2016, S. 285-313, hier S. 311., ⁷⁸ Vgl. Botsch: „Rechtsextremismus und ‚neuer Antisemitismus‘“, S. 25., ⁷⁹ Ebd., S. 25.

Der Rechtsextremismus als größte Gefahr für unsere Demokratie. Akteure, Mechanismen und Strategien

von Mathieu Coquelin



Die Geschichte rechtsextremer Bewegungen und Ideologien in Deutschland ist eine komplexe Erzählung, die sich durch die Jahrzehnte zieht und tief in die Gesellschaft eingreift. Dieses Werk wirft einen analytischen Blick auf die Entwicklung rechtsextremer Narrative und deren Auswirkungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945. Es konzentriert sich dabei auf Aspekte, die in der traditionellen Geschichtsschreibung oft vernachlässigt werden, aber dennoch entscheidend für das Verständnis rechtsextremer Ideologien und ihrer Kontinuität sind.

Die Zeit nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes markierte einen Neuanfang für Deutschland, aber auch für die rechtsextremen Bewegungen im Land. Diese versuchten, sich in einer sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Landschaft neu zu positionieren und ihre Ideologien anzupassen. Dabei spielten sowohl historische Kontinuitäten als auch neue Entwicklungen eine wichtige Rolle.

Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen, die die rechtsextreme Szene in Deutschland formten und beeinflussten. Die Wiedervereinigung, die europäische Integration, die Globalisierung und der technologische Fortschritt trugen alle dazu bei, neue

Herausforderungen und Chancen für extremistische Gruppen zu schaffen.

Besonders relevant ist die Analyse rechtsextremer Narrative im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und deren Adaptierung und Verbreitung in der Bevölkerung. Themen wie Umweltschutz, Identitätspolitik und die Ablehnung von Multikulturalismus wurden von rechtsextremen Gruppierungen aufgegriffen und zu zentralen Bestandteilen ihrer Ideologien gemacht. Dieses Werk untersucht die Wechselwirkungen zwischen rechtsextremen Narrativen und dem gesellschaftlichen Diskurs im Laufe der Zeit.

Ein besonderer Fokus liegt auf den Kontinuitäten und Brüchen in den rechtsextremen Ideologien sowie auf den strategischen Anpassungen und neuen Kommunikationsformen rechtsextremer Gruppen und Organisationen. Die Einflüsse transnationaler Netzwerke und die Rolle des Internets als Plattform für die Verbreitung extremistischer Ideen werden ebenfalls untersucht.

Dieses Werk bietet eine umfassende Analyse rechtsextremer Narrative in Deutschland seit 1945 und trägt dazu bei, ein tieferes Verständnis für die Ursprünge, Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen rechtsextremer Bewegungen zu gewinnen.

Einführung in den Extremismusbegriff

Extremismus in Deutschland ist rechtlich nicht explizit definiert, sondern wird vor allem durch seine Opposition zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) bestimmt. Diese Art der Definition, bekannt als *definitio ex negativo*, stellt nicht direkt dar, was Extremismus ist, sondern beschreibt ihn durch das, was er ablehnt – die Grundwerte und Prinzipien der FDGO. Diese Konzeptualisierung hilft, eine Vielzahl von politischen Haltungen und Aktivitäten, die sich gegen die Kernaspekte der deutschen Verfassung richten, zu identifizieren und rechtlich zu adressieren.

Extremismusbegriff und rechtliche Präzedenzfälle

Die juristische Auffassung von Extremismus basiert auf wichtigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die die Definition der FDGO präzisiert haben. Die Verbote der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952, der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956 und das Urteil im NPD-Verbotsverfahren 2017 haben maßgeblich zur Konkretisierung des Extremismusbegriffs beigetragen. In diesen Urteilen wurde der Extremismus als Bestrebungen definiert, die sich gegen die fundamentalen Prinzipien der FDGO richten, oft verbunden mit Gewaltbereitschaft oder autoritären Methoden.

Freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) und ihre Prinzipien

Die FDGO stützt sich auf drei zentrale Säulen: das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip und das Prinzip der Menschenwürde.

- **Demokratieprinzip:** Gewährleistung von politischer Mitbestimmung aller Bürger, z.B. durch freie, geheime und gleiche Wahlen.
- **Rechtsstaatsprinzip:** Unterordnung staatlicher Macht unter das Gesetz, was Rechtssicherheit und Gleichbehandlung vor dem Gesetz beinhaltet.
- **Prinzip der Menschenwürde:** Anerkennung der unantastbaren Würde jedes Einzelnen, die als Grundlage aller Grundrechte dient.

Diese Prinzipien sind entscheidend, da sie die Grundwerte darstellen, die extremistische Bewegungen typischerweise ablehnen. Die genannten Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben dazu beigetragen, diese Prinzipien als essenzielle Bestandteile der deutschen Verfassungsordnung zu definieren und zu schützen.

Konsensusdefinition von Rechtsextremismus und deren Kontext

Die Konsensusdefinition von Rechtsextremismus, wie sie beispielsweise in den 1990er Jahren entwickelt und in akademischen Studien sowie staatlichen Berichten verwendet wurde, umfasst Merkmale wie die Ablehnung der FDGO, ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und eine Überhöhung nationaler Interessen. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass es neben dieser Konsensusdefinition auch andere Definitionen

gibt, die in verschiedenen Kontexten angewendet werden. Diese Vielfalt an Definitionen spiegelt die unterschiedlichen Schwerpunkte und Perspektiven wider, die in der Forschung zu Rechtsextremismus bestehen.

Die weiteren Kapitel dieses Handouts werden die historischen, sozialen und politischen Dimensionen von Rechtsextremismus weiter beleuchten, die hier nur kurz erwähnt wurden.

Historische Kontinuität des Rechtsextremismus

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die ersten Nachkriegsjahre (1940-1950)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte nicht nur den Zusammenbruch des Nazi-Regimes, sondern auch den Beginn eines tiefgreifenden Prozesses der Auseinandersetzung mit den Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft. Dieser Prozess wurde jedoch nicht primär von der deutschen Bevölkerung initiiert, sondern vor allem von den Alliierten und den Besatzungsmächten, die ein starkes Interesse an der Aufklärung der Verbrechen und der Verantwortlichkeiten hatten.

Entnazifizierung und die Rolle der Alliierten

Die Alliierten führten Entnazifizierungsverfahren ein, die darauf abzielten, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Funktionäre aus öffentlichen Ämtern und einflussreichen Positionen zu entfernen. Diese Bemühungen waren jedoch von verschiedenen Schwierigkeiten und Widerständen begleitet. In der deutschen Gesellschaft entstanden schon früh Debatten um einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit, die von verschiedenen politischen Parteien aufgegriffen wurden.

Kontinuität trotz Neuanfang

Trotz der Entnazifizierung gab es eine hohe Kontinuität in der Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Ein prominentes Beispiel hierfür ist Hans Globke, der als Kommentator der Nürnberger Rassengesetze tätig war und später zum Kanzleramtschef unter Konrad Adenauer aufstieg. Diese personelle Kontinuität wirft ein Licht auf die komplexen Herausforderungen im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Umgang mit der Schuld

Die Auseinandersetzung mit der Schuldfrage war ein zentrales Thema der deutschen Nachkriegszeit. Der Druck und die Impulse der Alliierten waren entscheidend für die Initiierung dieses Prozesses, der sich in den folgenden Jahrzehnten weiterentwickeln und verändern sollte.

Die 1950er Jahre: Wiederaufbau und Integration

Fortsetzung der Entnazifizierung

Obwohl die Entnazifizierungsverfahren offiziell fortgeführt wurden, begann in den 1950er Jahren die Intensität dieser Bemühungen nachzulassen. Dies wurde teilweise durch den Kalten Krieg und das Interesse der westlichen Alliierten an einem stabilen und anti-kommunistischen Westdeutschland beeinflusst. Die amerikanische Politik, beispielsweise, schwenkte zunehmend von der Bestrafung ehemaliger Nationalsozialisten zu deren Nutzung als Bollwerk gegen den Kommunismus um.

Wirtschaftswunder und gesellschaftliche Integration

Das sogenannte Wirtschaftswunder führte zu einem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland, der vielen ehemaligen Nationalsozialisten die Möglichkeit bot, sich unauffällig wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Dieser wirtschaftliche Aufschwung trug ebenfalls dazu bei, dass die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Hintergrund geriet, da der Fokus der Bevölkerung auf dem materiellen Wiederaufbau lag.

Politische Rehabilitation und Amnestien

In diesem Jahrzehnt wurden zahlreiche Amnestiegesetze verabschiedet, die vielen ehemaligen NS-Mitgliedern halfen, ihre politischen und bürgerlichen Rechte wiederzuerlangen. Die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in politische Parteien, besonders in die 1952 gegründete CDU, sowie in andere gesellschaftliche Institutionen, wurde zunehmend normalisiert.

Prominente Figuren

Ein Beispiel für eine prominente Figur aus dieser Zeit ist Theodor Oberländer, der trotz seiner umstrittenen Rolle im Nationalsozialismus 1953 zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlin-

ge und Kriegsgeschädigte ernannt wurde. Oberländers Karriere zeigt, wie ehemalige Nationalsozialisten nicht nur rehabilitiert, sondern in hohe politische Ämter eingebunden wurden, was die komplexe und oft widersprüchliche Natur des deutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit widerspiegelt.

Diese Phase des Wiederaufbaus und der politischen Neuordnung zeigt, wie die deutsche Gesellschaft begann, sich mit ihrer jüngsten Vergangenheit zu arrangieren, was zu einer ambivalenten Haltung gegenüber der Entnazifizierung führte.

Zentrale Narrative des Extremismus in den 1950er Jahren

In den 1950er Jahren waren trotz des Wirtschaftswunders und der politischen Stabilisierung zentrale extremistische Narrative präsent, die jedoch oft unterschwellig blieben. Die SRP, die 1952 verboten wurde, vertrat weiterhin Positionen, die eine „Lösung der Judenfrage“ beinhalteten und den Schutz sowie die Ehre deutscher Soldaten hervorhoben. Diese Narrative fokussierten sich stark darauf, die Schuld von den breiten Massen und der Wehrmacht abzuwenden und einzelnen Gruppen wie der SS oder verurteilten Kriegsverbrechern zuzuschreiben.

Ein weiteres narratives Element dieser Zeit war die Überhöhung der Rolle der Trümmerfrauen im Wiederaufbau, welches die Beteiligung von Frauen im Nationalsozialismus relativierte und ihre Rolle im Wiederaufbau überbetonte. Diese Erzählung diente dazu, die Rolle der Gastarbeiter und die Bedeutung des Marshall-Plans zu minimieren, was bis heute in fremdenfeindlichen und rassistischen Diskursen nachhallt.

Das Narrativ vom „Ruhm und Ehre des Soldaten“ spielte ebenfalls eine wesentliche Rolle, insbesondere in der persönlichen Auseinandersetzung vieler Familien mit der Vergangenheit ihrer Angehörigen. Diese Erzählung hat sich über die Jahrzehnte gewandelt und beeinflusst heute noch Diskurse über Männlichkeitsbilder und den Soldatenkult.

Diese Narrative legten den Grundstein für langfristige Diskurse und Denkmuster, die sich durch die deutschen Nachkriegsjahrzehnte zogen und sich in unterschiedlichen Formen manifestierten.

Wirtschaftliche Veränderungen und politische Reaktionen

Die 1960er Jahre markierten das Ende der Nachkriegsprosperität mit ersten Anzeichen wirtschaftlicher Stagnation wie Inflation

und steigender Arbeitslosigkeit. Diese ökonomischen Schwierigkeiten führten zu einem Anstieg des extremistischen Wahlverhaltens, erkennbar am Aufstieg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die NPD erzielte bedeutende Erfolge in verschiedenen Landtagswahlen, zog beispielsweise 1966 mit 7,4% in den bayerischen Landtag und 1967 mit 9,8% in den hessischen Landtag ein, was die wachsende politische Polarisierung der deutschen Gesellschaft unterstrich.

Die Studentenbewegung und die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

Die 1960er Jahre waren auch die Geburtsstunde der Studentenbewegung in Deutschland, die sich zunehmend radikalisierte. Geprägt von einer tiefgehenden Kritik am Establishment, forderte die Bewegung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, was zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte führte. Die Bewegung kritisierte nicht nur die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus, sondern auch die fortlaufende autoritäre Struktur in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Das Anwerbeabkommen mit der Türkei und seine Folgen

Ein weiteres Schlüsselereignis war das Anwerbeabkommen mit der Türkei 1961, welches die Ankunft großer Zahlen türkischer Gastarbeiter nach Deutschland einleitete. Ihre Präsenz führte zu neuen sozialen Dynamiken und förderte das Wachstum rassistischer und fremdenfeindlicher Narrative, die sich in den folgenden Jahrzehnten weiter verstärken sollten.

Narrative des inneren Feindes und die Radikalisierung der Diskurse

In diesem Klima der politischen und gesellschaftlichen Spannungen entwickelten sich Narrative, die die Studentenbewegung als inneren Feind darstellten, oft als Repräsentanten eines globalen kommunistischen Bedrohens. Diese Darstellung entzog anderen extremistischen Strömungen, wie dem aufkommenden Rechtsterrorismus, teilweise die öffentliche Aufmerksamkeit, legte jedoch auch den Grundstein für zukünftige Konflikte und Terrorismus in Deutschland.

Diese verschiedenen Strömungen und Ereignisse der 1960er Jahre trugen zu einem tiefgreifenden Wandel in der deutschen Gesellschaft bei, der politische, ökonomische und soziale Struk-

turen nachhaltig veränderte und die Basis für spätere Entwicklungen legte.

Die Auswirkungen der Ölkrise und wirtschaftliche Stagnation

Die 1970er Jahre begannen mit der Ölkrise von 1973, die zu einer weltweiten Wirtschaftsrezession führte. Diese Krise traf auch Deutschland hart, führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und Inflation und verschärfte die gesellschaftliche Unzufriedenheit. Die wirtschaftlichen Probleme führten zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft und stärkten extremistische Gruppierungen sowohl von links als auch von rechts.

Radikalisierung der Linken und die Entstehung der RAF

Die Radikalisierung der politischen Linken erreichte in den 1970er Jahren einen Höhepunkt mit der Entstehung der Rote Armee Fraktion (RAF). Die RAF, gegründet von Mitgliedern der 68er-Bewegung, verübte eine Reihe von Terroranschlägen, Entführungen und Morden, die darauf abzielten, gegen die vermeintliche faschistische Kontinuität des deutschen Staates und seine imperialistischen Neigungen zu kämpfen. Die Aktivitäten der RAF prägten das politische Klima in Deutschland erheblich und führten zu einer Verschärfung der inneren Sicherheitsmaßnahmen.

Der "Deutsche Herbst" und die Reaktion des Staates

1977, oft als "Deutscher Herbst" bezeichnet, markierte den Höhepunkt der RAF-Terrorwelle, inklusive der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Diese Ereignisse stellten eine Zerreißprobe für die deutsche Demokratie dar und führten zu intensiven Debatten über die Balance zwischen Sicherheit und bürgerlichen Freiheiten.

Hans-Martin Schleyer und die Komplexität des Diskurses

Hans-Martin Schleyer, als Opfer der RAF-Morde bekannt, war zuvor ein NS-Funktionär und SS-Soldat. Seine Vergangenheit und seine Opferrolle im "Deutschen Herbst" verdeutlichen, wie komplexe historische und biografische Narrative oft zu vereinfachten Darstellungen in der öffentlichen Wahrnehmung führen können.

Wehrsportgruppe Hoffmann und rechtsextreme Entwicklungen

Die Gründung der Wehrsportgruppe Hoffmann im Jahr 1973

illustriert die fortgesetzte Präsenz und Radikalisierung rechtsextremer Gruppen. Trotz offensichtlicher paramilitärischer Aktivitäten und einer klaren Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wurde die Gruppe erst spät verboten, was die unterschätzte Gefahr dieser Gruppen und die mangelnde Ernsthaftigkeit in der gesellschaftlichen und staatlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aufzeigt.

Fortsetzung der politischen Integration und die Gastarbeiter

Während die 1970er Jahre durch politische Extremismen und wirtschaftliche Herausforderungen geprägt waren, setzte sich zugleich die politische und gesellschaftliche Integration der Gastarbeiter fort. Trotz anfänglicher Widerstände und fremdenfeindlicher Einstellungen begannen Gastarbeiter und ihre Familien, einen dauerhaften Platz in der deutschen Gesellschaft zu finden, was langfristig zur Multikulturalität des Landes beitrug.

Rechtsextremismus und seine Narrative

In den 1970er Jahren war auch der Rechtsextremismus weiterhin präsent, obwohl er durch die dramatischen Aktionen der RAF oft überschattet wurde. Rechtsextreme Gruppierungen nutzten die wirtschaftliche Unsicherheit und die Angst vor dem Verlust nationaler Identität, um Unterstützung zu gewinnen, wobei sie sich gegen die zunehmende Präsenz von Ausländern und die Ostpolitik der Regierung Brandt aussprachen.

Narrative des Law and Order

Die 1970er Jahre waren auch geprägt von einem starken "Law and Order"-Narrativ, das weit über den Rechtsextremismus hinausging. Die Aktivitäten der RAF und der daraus resultierende Ausbau der Sicherheitsbehörden stärkten die Forderungen nach strengeren Sicherheitsmaßnahmen und Gesetzen, was die öffentliche Diskussion und politische Agenda nachhaltig beeinflusste.

Die Eskalation des Kalten Krieges und die Friedensbewegung

Die frühen 1980er Jahre waren von einer Eskalation des Kalten Krieges gekennzeichnet, als die Spannungen zwischen dem Ostblock und dem Westen unter anderem durch die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa zunahm. Dies führte in Deutschland zu einer starken Friedensbewegung,

die Massendemonstrationen gegen die nukleare Aufrüstung und für Abrüstung organisierte. Die Bewegung prägte das politische Klima der 1980er Jahre und beeinflusste die öffentliche Meinung stark.

Die Grünen und der Aufstieg umweltpolitischer Themen

In Reaktion auf wachsende Umweltprobleme und die zunehmende Politisierung von Umweltthemen wurde 1980 die Partei Die Grünen gegründet. Sie brachte Umweltfragen, darunter die Ablehnung der Atomenergie, in den politischen Mainstream und reflektierte ein neues Bewusstsein für ökologische und nachhaltige Politik in der deutschen Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Stagnation und ihre sozialen Auswirkungen

Die 1980er Jahre waren auch von wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt, einschließlich einer anhaltenden Stagnation, die zu hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Unzufriedenheit führte. Diese wirtschaftliche Situation befeuerte weiterhin extremistische und populistische Strömungen, die einfache Lösungen für komplexe soziale Probleme anboten.

Wahlerfolge

In den 1980er Jahren gab es in Deutschland keine signifikanten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien auf Bundesebene. Die 1980er waren jedoch das Jahrzehnt, in dem die Republikaner (Die Republikaner) gegründet wurden (1983), eine Partei, die später in den 1990er Jahren einige Erfolge bei Landtagswahlen erzielen konnte. In den 1980er Jahren reflektierten die Wahlergebnisse eher eine Zunahme der Polarisierung und des politischen Frusts, was in späteren Jahren zu Wahlerfolgen rechtsextremer und populistischer Parteien führte.

Technologischer Wandel und die Anfänge der Digitalisierung

Die 1980er Jahre erlebten ebenfalls den Beginn der Digitalisierung mit der zunehmenden Verbreitung von Computern und dem Aufkommen des Internets, was langfristige Auswirkungen auf die Arbeitswelt, Kommunikation und das tägliche Leben hatte.

Rechtsextremismus und die Wehrsportgruppe Hoffmann

Im Schatten dieser breiten gesellschaftlichen Bewegungen blieb

der Rechtsextremismus eine beständige Bedrohung. Die Wehrsportgruppe Hoffmann, die bereits in den 1970er Jahren gegründet wurde, blieb bis zu ihrem Verbot 1980 aktiv und symbolisiert die anhaltenden rechtsextremen Unterströmungen in Deutschland.

Attentat von München und die Ermordung von Shlomo Lewin

Das sogenannte „Attentat von München“ bezieht sich vermutlich auf den Anschlag auf das Oktoberfest am 26. September 1980, bei dem 13 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden. Der Täter, Gundolf Köhler, hatte Verbindungen zur rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann. Im Dezember 1980 wurden der Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke in Erlangen ermordet. Diese Morde wurden ebenfalls mit der rechtsextremen Szene in Verbindung gebracht, insbesondere mit Personen, die Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann hatten. Diese Ereignisse sind Beispiele für die Gewaltbereitschaft rechtsextremer Gruppen in Deutschland während dieser Zeit.

Die kulturelle Wende und die zunehmende Diversität

Die 1980er Jahre waren auch eine Zeit der kulturellen Öffnung und zunehmenden Diversität, getrieben durch Globalisierung und die größere Mobilität von Menschen, Ideen und Kulturen. Diese Veränderungen begannen, die traditionelle deutsche Identität herauszufordern und zu erweitern.

Punkrock und Skinheadkultur

Die Punkrock-Szene und die Skinheadkultur entwickelten sich in den 1970er Jahren und erlangten in den 1980er Jahren weitere Verbreitung. Während die Punk-Szene oft mit einer anti-establishmentären und rebellischen Haltung assoziiert wird, ist die Skinheadkultur differenzierter zu betrachten. Ursprünglich entstand sie in Großbritannien und war nicht inhärent politisch oder rassistisch. Im Laufe der Zeit entwickelten sich jedoch innerhalb der Skinheadszenen verschiedene Strömungen, darunter auch rechtsextreme Gruppen. Diese nutzten oft die aggressive Ästhetik und Musik der Skinheads, um ihre Ideologie zu verbreiten. 1987 wurde das Netzwerk „Blood & Honor“ gegründet, das eine wichtige Rolle in der internationalen Vernetzung der rechtsextremen Musikszene spielte.

Vorboten der Wiedervereinigung

Das Ende der 1980er Jahre wurde durch die zunehmenden politischen Veränderungen in Osteuropa und die daraus resultierende Schwächung des Ostblocks markiert. Die Friedliche Revolution in der DDR 1989 und der Fall der Berliner Mauer im selben Jahr setzten den dramatischen Prozess in Gang, der zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 führen würde.

Diese Entwicklungen in den 1980er Jahren waren entscheidend für die Gestaltung der modernen deutschen Gesellschaft und hatten weitreichende Auswirkungen auf die politische, soziale und kulturelle Landschaft des Landes.

Wandel der Narrative

Die 1980er Jahre waren nicht nur eine Zeit des politischen und ökonomischen Wandels, sondern auch eine Ära, in der sich die gesellschaftlichen Narrative signifikant weiterentwickelten:

- **Europäische Integration und ethnopluralistische Ideen:** Mit der zunehmenden Einheit Europas begannen die klassischen, auf starken und exklusiven nationalen Identitäten basierenden Narrative zu schwinden. An ihre Stelle traten neuere Ideen wie der Ethnopluralismus, der kulturelle Vielfalt innerhalb strikt getrennter geographischer Grenzen befürwortet. Diese Ideologie beeinflusste maßgeblich die rechte Diskurslandschaft und förderte eine subtilere Form des Nationalismus, die sich gegen die Vermischung von Kulturen ausspricht, während sie die Eigenständigkeit jeder Kultur innerhalb ihrer eigenen Grenzen betont.
- **Die Rolle der Frau und Emanzipationsbewegungen:** Die 1980er Jahre erlebten auch signifikante Fortschritte in Bezug auf die Frauenemanzipation. Die stetige Entfernung der Frau vom traditionellen Rollenbild als Mutter und Hausfrau und ihre zunehmende Präsenz in der Arbeitswelt und in öffentlichen Ämtern riefen Widerstand in konservativen und rechtsextremen Kreisen hervor. Für diese Gruppen bleibt jegliche Emanzipation und das Abrücken von traditionellen Geschlechterrollen bis heute ein zentrales narratives Element. Diese Bewegungen verstärkten den gesellschaftlichen Diskurs über Gleichstellung und prägten die feministische Agenda nachhaltig.

Diese veränderten Narrative reflektieren tiefgreifende Verschiebungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Prioritätensetzung, die bis in die heutige Zeit nachwirken und die politische wie kulturelle Landschaft in Deutschland und Europa maßgeblich beeinflussen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Das Jahrzehnt begann mit einem historischen Ereignis: der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Die Wiedervereinigung war nicht nur ein symbolischer Akt der nationalen Einheit, sondern auch ein komplexer und herausfordernder Prozess der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Integration. Die Zusammenführung zweier unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme brachte zahlreiche Herausforderungen mit sich, darunter die wirtschaftliche Stagnation in den neuen Bundesländern und die sozialen Spannungen, die aus den rapiden Veränderungen resultierten.

Die Transformation in Ostdeutschland

Die 1990er Jahre waren für Ostdeutschland eine Zeit tiefgreifender Transformation. Die Privatisierung der Staatsbetriebe durch die Treuhandanstalt und der Übergang zur Marktwirtschaft führten zu massiven Arbeitsplatzverlusten und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese Umstände förderten das Aufkommen von Frustration und Entfremdung unter den Bürgern, was wiederum den Nährboden für politischen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bereitete.

Anstieg rechtsextremer Gewalt

Die frühen 1990er Jahre sahen einen besorgniserregenden Anstieg rechtsextremer Gewalt in Deutschland. Angriffe wie die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen (1992) und die Morde von Mölln (1992) und Solingen (1993) zeigten die dunkle Seite der gesellschaftlichen Reaktion auf Migration und die Anwesenheit von Asylbewerbern und ausländischen Arbeitnehmern. Diese Ereignisse lösten eine nationale und internationale Debatte über Rassismus und die Notwendigkeit von Toleranz und Integration aus.

Europäische Integration und die Einführung des Euro

Parallel zur innerdeutschen Entwicklung verstärkten sich die Bemühungen um eine weitere europäische Integration. 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, der die Europäische Union gründete und die Einführung des Euro als gemeinsame Währung vorbereitete. Dieser Schritt symbolisierte das Bestreben nach einer engeren politischen und wirtschaftlichen Verbindung zwischen den europäischen Staaten.

Kultureller Wandel und Globalisierung

Die 1990er Jahre waren auch von erheblichem kulturellem Wandel und der fortschreitenden Globalisierung geprägt. Der Zugang zum Internet wurde breiter, was die Kommunikationswege veränderte und eine neue Ära der Information und globalen Vernetzung einleitete. Diese Entwicklungen beeinflussten nicht nur die Wirtschaft und Politik, sondern auch das kulturelle Leben und die sozialen Normen in Deutschland.

Die 1990er Jahre sahen den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien wie der Republikaner und der Deutschen Volksunion (DVU), die durch ihre anti-immigrantische Rhetorik und nationalistische Positionen Aufmerksamkeit erlangten. Diese Parteien nutzten die politischen und sozialen Spannungen in der Nachwendezeit, um ihre Unterstützung zu mobilisieren und nationalistische und xenophobe Narrative zu verbreiten.

Neue Strategien und Kommunikationswege

Mit dem Aufkommen des Internets und neuer Medientechnologien begannen rechtsextreme Gruppen, neue Kommunikationswege zu nutzen, um ihre Botschaften zu verbreiten. Die Verwendung von Online-Foren, sozialen Medien und Websites ermöglichte es diesen Gruppen, ihre Ideologien einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und potenzielle Anhänger zu rekrutieren.

Internationalisierung rechtsextremer Netzwerke

Die 1990er Jahre waren auch von einer verstärkten Internationalisierung rechtsextremer Netzwerke geprägt. Rechtsextreme Gruppen und Bewegungen suchten aktiv nach Verbindungen und Partnerschaften mit Gleichgesinnten im Ausland, um ihre Reichweite zu erweitern und ihre Ideologien global zu verbreiten. Dies führte zur Entstehung transnationaler rechtsextremer Netzwerke und zur verstärkten Kooperation über nationale Grenzen hinweg.

Veränderung rechtsextremer Narrative

Die rechtsextremen Narrative der 1990er Jahre zeigten eine Verschiebung weg von traditionellen neonazistischen Ideologien hin zu neuen, subtileren Botschaften, die auf die Ängste und Frustrationen der Menschen in einer sich schnell verändernden Gesellschaft abzielten. Diese neuen Narrative betonten oft Themen

wie kulturelle Identität, nationale Souveränität und die Ablehnung von Multikulturalismus und Globalisierung. Die rechtsextremen Gruppen versuchten, sich als Verteidiger der nationalen Identität und der "kleinen Leute" zu positionieren, um breitere Unterstützung zu gewinnen.

Reaktion der Zivilgesellschaft und staatliche Gegenmaßnahmen

Die Veränderung rechtsextremer Narrative und Botschaften löste auch eine Reaktion der Zivilgesellschaft und staatliche Gegenmaßnahmen aus. Nichtregierungsorganisationen, Aktivisten und Bürger engagierten sich zunehmend in der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt. Gleichzeitig verstärkten die Behörden ihre Bemühungen zur Überwachung rechtsextremer Aktivitäten und zur Verfolgung rechtsextremer Gruppen und Organisationen.

9/11 und die Veränderung der Narrativen

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten einen Wendepunkt in der globalen Sicherheitspolitik und hatten weitreichende Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche Klima, auch in Deutschland. Die Ereignisse führten zu einer Verschiebung der Narrativen und verstärkten antimuslimische und rassistische Ressentiments, die fortan auch innerhalb rechtsextremer Gruppierungen zunehmend präsent waren.

Aufstieg der Identitären Bewegung

Die Gründung der Identitären Bewegung in Frankreich und ihr Siegeszug als neue rechte Jugendorganisation prägten auch die rechtsextreme Szene in Deutschland. Die Bewegung nutzte geschickt moderne Kommunikationswege und soziale Medien, um ihre Ideologien zu verbreiten und junge Anhänger zu rekrutieren.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und das gesellschaftliche Aufmerksamkeitsdefizit

Das Ende der 1990er Jahre markierte den Beginn des NSU, einer rechtsextremen Terrorzelle, die über Jahre hinweg unentdeckt blieb. Der NSU führte eine Serie von rassistisch motivierten Morden an Einwanderern und einer Polizistin durch, darunter

die Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michelle Kiesewetter. Diese Serie von Anschlägen verdeutlichte das Ausmaß rechtsextremer Gewalt und den systemischen Rassismus in Deutschland. Das gesellschaftliche Aufmerksamkeitsdefizit und die mangelnde Sensibilität der Behörden gegenüber rechtsextremistischen Bedrohungen wurden in der Folge intensiv diskutiert und untersucht.

Weitere rechtsextreme Entwicklungen

Neben den genannten Ereignissen prägten weitere rechtsextreme Entwicklungen die 2000er Jahre in Deutschland. Dazu gehören beispielsweise die wachsende Zahl rechtsextremer Straftaten, die Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen sowie die zunehmende Internationalisierung und Vernetzung rechtsextremer Netzwerke.

Die 2010er Jahre: Rechtsextremismus im digitalen Zeitalter

Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien

Die 2010er Jahre waren geprägt von einem zunehmenden Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen in Europa. Insbesondere der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013 und anderer rechtspopulistischer Parteien wie dem Front National in Frankreich und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) verdeutlichte die Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts und die wachsende Unterstützung für nationalistische und anti-immigrantische Positionen.

Die Rolle sozialer Medien und Online-Plattformen

Das Aufkommen und die Verbreitung von sozialen Medien und Online-Plattformen veränderten maßgeblich die Dynamik des rechtsextremen Spektrums. Rechtsextreme Gruppen und Organisationen nutzten geschickt die Möglichkeiten des Internets, um ihre Ideologien zu verbreiten, neue Anhänger zu rekrutieren und Desinformation zu streuen. Insbesondere Plattformen wie Facebook, Twitter, YouTube und Telegram erwiesen sich als effektive Kanäle zur Mobilisierung und Radikalisierung von Individuen.

Die Flüchtlingskrise und ihre politischen Folgen

Die Flüchtlingskrise ab 2015 hatte erhebliche politische und gesellschaftliche Auswirkungen in Deutschland und Europa. Die Zunahme von Flüchtlingen und Migranten führte zu einer Polarisierung der Gesellschaft und verstärkte antimuslimische und anti-immigrantische Ressentiments. Rechtsextreme Gruppen instrumentalisierten die Flüchtlingskrise, um Angst und Unsicherheit zu schüren und nationalistische und xenophobe Narrative zu verbreiten.

Rechtsterrorismus und rechtsextreme Gewalt

Die 2010er Jahre sahen eine Zunahme rechtsterroristischer Anschläge und rechtsextremer Gewalt in Deutschland und Europa. Besonders hervorzuheben sind hierbei der Anschlag auf die Norwegische Regierung in Oslo und auf die Insel Utøya im Jahr 2011 durch Anders Behring Breivik sowie der Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) im Jahr 2019 durch Stephan Balliet. Diese Anschläge verdeutlichten die wachsende Bedrohung durch rechtsextreme Ideologien und den rechtsterroristischen Aktivismus.

Die gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die zunehmende Sichtbarkeit rechtsextremer Aktivitäten und die wachsende Besorgnis über die Verbreitung von Hassrede und extremistischen Ideologien führten zu einer intensiven gesellschaftlichen Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Nichtregierungsorganisationen, Aktivisten und Bürger engagierten sich verstärkt in der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus und setzten sich für Toleranz, Vielfalt und Integration ein.

Die Reaktion der Politik und staatliche Gegenmaßnahmen

Die Politik reagierte auf die zunehmende Bedrohung durch Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalt mit verschiedenen Maßnahmen. Die Sicherheitsbehörden verstärkten ihre Überwachung rechtsextremer Gruppen und Netzwerke, während Gesetzesänderungen und Programme zur Prävention und Deradikalisierung implementiert wurden. Dennoch blieb die Bekämpfung von Rechtsextremismus eine komplexe und anhaltende Herausforderung für die Gesellschaft und den Staat.

Der Aufstieg des Islamischen Staates und antimuslimischer Rassismus

Die Hochphase des sogenannten Islamischen Staates (IS) ab 2014 prägte den gesellschaftlichen Diskurs und verstärkte antimuslimische Ressentiments in Teilen der Bevölkerung. Terroranschläge, wie die in Paris im Jahr 2015 und in Brüssel im Jahr 2016, führten zu einer Verschärfung der Debatten über Migration, Integration und den Islam in Europa. Rechtsextreme Gruppen nutzten diese Ereignisse, um ihre anti-islamische Agenda zu verstärken und Hass gegenüber Muslimen zu schüren.

Die Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida

Die Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013 markierte einen Wendepunkt in der deutschen Parteienlandschaft. Die AfD profilierte sich insbesondere mit anti-europäischen und anti-immigrantischen Positionen und gewann schnell an politischem Einfluss. Parallel dazu entstand die Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) als Protestbewegung gegen vermeintliche Islamisierung und Zuwanderung. Die Bewegung mobilisierte Tausende von Anhängern und prägte den öffentlichen Diskurs über Migration und Integration in Deutschland.

Die 2020er Jahre: Digitale Radikalisierung und gesellschaftliche Fragmentierung

Die COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen

Die COVID-19-Pandemie dominierte die 2020er Jahre und hatte weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik. Die Pandemie verstärkte bestehende soziale Ungleichheiten und führte zu einem Anstieg von Verschwörungstheorien, Desinformation und Hassrede im Internet. Rechtsextreme Gruppen nutzten die Krise, um ihre anti-demokratischen und anti-pluralistischen Ideologien zu verbreiten und politische Unruhen zu schüren.

Digitale Radikalisierung und Extremismus im Netz

Die digitale Radikalisierung gewann in den 2020er Jahren weiter an Bedeutung, da soziale Medien und Online-Plattformen als Hauptkanäle zur Verbreitung von extremistischen Ideologien dienten. Rechtsextreme Gruppen nutzten gezielt Algorithmen

und Online-Netzwerke, um potenzielle Anhänger zu erreichen und zu mobilisieren. Die Anonymität des Internets ermöglichte es extremistischen Akteuren, ihre Aktivitäten zu verschleiern und neue Mitglieder zu rekrutieren.

Die Fragmentierung der Gesellschaft und der Verlust des Vertrauens in Institutionen

Die zunehmende Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft prägte die 2020er Jahre. Der Verlust des Vertrauens in politische Institutionen, traditionelle Medien und etablierte demokratische Prozesse schuf einen Nährboden für extremistische Bewegungen und populistische Strömungen. Die gesellschaftliche Spaltung wurde durch die Verbreitung von Fehlinformationen und die Manipulation der öffentlichen Meinung im Internet verstärkt.

Die Herausforderung des Klimawandels und ökologischer Extremismus

Der Klimawandel rückte in den 2020er Jahren verstärkt in den Fokus der politischen Debatte und gesellschaftlichen Diskussion. Ökologische Extremisten griffen zu radikalen Maßnahmen, um auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes aufmerksam zu machen, was zu Konflikten und gewalttätigen Auseinandersetzungen führte. Gleichzeitig versuchten rechtsextreme Gruppen, die Klimakrise zu instrumentalisieren, um ihre anti-ökologischen und anti-humanistischen Narrative zu verbreiten.

Die Rolle der Jugend und Generationenkonflikte

Die Jugend spielte eine entscheidende Rolle in den gesellschaftlichen Veränderungen der 2020er Jahre. Jugendliche mobilisierten sich vermehrt für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und politische Partizipation, während gleichzeitig Generationenkonflikte zwischen jungen Aktivisten und älteren konservativen Kräften zunahm. Diese Spannungen trugen zur Fragmentierung der Gesellschaft bei und beeinflussten den politischen Diskurs.

Internationale Vernetzung und transnationale Bedrohungen

Die transnationale Vernetzung rechtsextremer Gruppen und Bewegungen intensivierte sich in den 2020er Jahren. Internationale Netzwerke von Extremisten tauschten Informationen aus, koordinierten Aktionen und verstärkten ihre globalen Aktivitäten.

Dies stellte eine zunehmende Herausforderung für die nationale Sicherheit und die Bekämpfung von Extremismus dar, da extremistische Ideologien und Gewalt über nationale Grenzen hinweg verbreitet wurden.

Die Reichsbürgerbewegung und ihre Gefährdung

Die Reichsbürgerbewegung, die bereits in den vorherigen Jahrzehnten präsent war, gewann in den 2020er Jahren an Bedeutung und stellte eine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit dar. Diese Gruppierungen lehnen die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland ab und behaupten, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert. Sie erkennen die staatlichen Institutionen nicht an, verweigern Steuern und behaupten, sich außerhalb der deutschen Gesetzgebung zu befinden. Die Reichsbürgerbewegung rekrutiert aktiv Mitglieder aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen und bedroht die demokratischen Grundwerte und die rechtsstaatliche Ordnung.

Die Querdenken-Bewegung und die Verbreitung von Verschwörungstheorien

Die Querdenken-Bewegung, die während der COVID-19-Pandemie entstand, gewann in den 2020er Jahren an Einfluss und polarisierte die Gesellschaft durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Desinformation. Diese Bewegung organisierte Massenproteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und vertrat eine anti-wissenschaftliche und anti-demokratische Agenda. Querdenken-Anhänger leugneten die Existenz des Virus, lehnten Impfungen ab und propagierten eine angebliche "Corona-Diktatur". Die Bewegung zog Menschen aus verschiedenen politischen Spektren an und trug zur Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft bei.

Zwischenfazit: Die 1990er und 2000er Jahre - Die Evolution des Rechtsextremismus

Die 1990er und 2000er Jahre markieren eine Phase des Umbruchs und der Weiterentwicklung im Bereich des Rechtsextremismus in Deutschland. Mit dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung eröffnete sich ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes, das jedoch auch neue Herausforderungen mit sich brachte. Die Transformation in Ostdeutschland und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Bundes-

ländern boten einen Nährboden für rechtsextreme Ideologien und Gewalt.

In dieser Zeit erlebte Deutschland eine besorgniserregende Zunahme rechtsextremer Gewaltakte, die sich gegen Minderheiten richteten. Anschläge wie die in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen zeigten die dunkle Seite der gesellschaftlichen Reaktion auf Migration und die Anwesenheit von Ausländern. Zugleich verstärkten rechtspopulistische Parteien wie die Republikaner und die Deutsche Volksunion (DVU) ihre anti-immigrantische Rhetorik und nationalistischen Positionen, was zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft führte.

Mit dem Aufkommen des Internets und neuer Medientechnologien verlagerte sich die Kommunikation und Mobilisierung rechtsextremer Gruppen in den virtuellen Raum. Die Verwendung von Online-Plattformen und sozialen Medien ermöglichte es diesen Gruppen, ihre Ideologien einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und potenzielle Anhänger zu rekrutieren. Gleichzeitig verstärkten staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Bemühungen zur Überwachung und Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten.

Die 1990er und 2000er Jahre waren auch durch eine Verschiebung rechtsextremer Narrative geprägt, weg von traditionellen neonazistischen Ideologien hin zu subtileren Botschaften, die auf die Ängste und Frustrationen einer sich schnell verändernden Gesellschaft abzielten. Die rechtsextremen Gruppen versuchten, sich als Verteidiger der nationalen Identität und der "kleinen Leute" zu positionieren, um breitere Unterstützung zu gewinnen.

Insgesamt verdeutlicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in den 1990er und 2000er Jahren die Komplexität und Vielschichtigkeit dieser Thematik. Die Herausforderungen sind vielfältig und erfordern eine umfassende und koordinierte Antwort auf politischer, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene.

Wandel der Narrative im Rechtsextremismus

Rechtsextreme Narrative haben sich seit 1945 signifikant gewandelt. Ursprünglich in den direkten Nachkriegsjahren durch eine verdeckte Akzeptanz nationalsozialistischer Ideologie geprägt, haben sich die Ausdrucksformen und Inhalte im Laufe der Jahrzehnte verändert, um sich gesellschaftlichen, politischen und technologischen Entwicklungen anzupassen. Dieses Kapitel untersucht diesen Wandel und illustriert, wie moderne rechtsex-

treme Bewegungen sich von einer expliziten zu einer subtileren, verschleierte Form des Extremismus entwickelt haben.

1. Traditionelle neonazistische Ideologien vs. moderne rechtsextreme Narrative

Nach 1945 war die direkte Bezugnahme auf NS-Ideologien verpönt, doch die personelle und ideologische Kontinuität blieb erhalten. Über die Jahrzehnte hinweg wandelte sich diese offene Adoration zu einer subtileren Form, die sich in modernen rechtsextremen Bewegungen zeigt. Heutige Narrative lehnen offen nationalsozialistische Bezugnahmen ab und nutzen stattdessen kodierte Sprache oder konzentrieren sich auf Themen wie die Kritik an der Einwanderungspolitik.

2. Narrative des Kulturkampfes und der Identitätspolitik

Rechtsextreme Gruppen haben sich zunehmend auf die Verteidigung einer bedrohten nationalen Identität fokussiert. Die Identitäre Bewegung in Europa, die kulturelle und ethnische Identität stark macht, illustriert diesen Übergang. Sie nutzen moderne Kommunikationsmittel, um einen Kulturkampf gegen die vermeintliche Überfremdung zu inszenieren.

3. Islamfeindlichkeit und die Instrumentalisierung von Ängsten

Die Feindbilder haben sich verschoben: Statt Antisemitismus dominiert nun eine antimuslimische Rhetorik, oft maskiert als Religionskritik. Gruppen wie Pegida und die AfD nutzen die Angst vor dem Islam, um weitreichende Unterstützung zu mobilisieren und gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen.

4. Globalisierung, Migration und die Verbreitung rechtsextremer Narrative

Globalisierung und Migration haben zu einer Neuausrichtung der rechtsextremen Agitation geführt. Die AfD beispielsweise instrumentalisiert die Angst vor kultureller Veränderung, um fremdenfeindliche Haltungen zu schüren und ihre politischen Ziele voranzutreiben.

5. Adaption gesamtgesellschaftlicher Themen durch rechtsextreme Gruppierungen

Rechtsextreme Gruppen haben begonnen, gesellschaftliche

Themen wie Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit für ihre Zwecke umzudeuten. Die Reichsbürgerbewegung zum Beispiel inszeniert sich als Bewahrer von Heimat und Tradition, verbirgt dabei jedoch ihre radikalen Absichten.

6. Reaktionen der Zivilgesellschaft und staatliche Gegenmaßnahmen

Die Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen haben unterschiedlich auf die Verbreitung rechtsextremer Narrative reagiert. Während einige Aktivisten und Organisationen effektive Strategien zur Bekämpfung dieser Ideologien entwickelt haben, stehen sie immer wieder vor der Herausforderung, auf die sich ständig ändernden Ausdrucksformen des Rechtsextremismus zu reagieren.

Handlungsempfehlungen und Fazit

1. Stärkung der demokratischen Bildung und Prävention

Demokratische Bildung sollte adaptiv gestaltet werden, um die spezifischen Bedürfnisse und Lebensrealitäten aller Gemeinschaften zu berücksichtigen, einschließlich derer in Migrationsgesellschaften. Curricula müssen interkulturelle Sensibilität und ein tiefes Verständnis für die Vielfalt der Erfahrungen und Perspektiven fördern, die Migranten und Minderheiten mitbringen. Programme zur Radikalisierungsprävention sollten zudem speziell auf die Herausforderungen eingehen, die durch alternative Formen des Rechtsextremismus in diesen Communities entstehen.

2. Bekämpfung von Hate Speech und Extremismus im Netz

Neben den bestehenden Strategien muss ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von rechtsextremen Ideologien gelegt werden, die sich speziell in Migrationsgesellschaften manifestieren. Dies erfordert eine internationale Zusammenarbeit, um grenzüberschreitende rechtsextreme Netzwerke zu identifizieren und zu unterbinden. Die Stärkung der digitalen Medienkompetenz sollte auch kulturell angepasste Ansätze beinhalten, die auf die spezifischen Bedrohungen und Herausforderungen eingehen, denen Migranten ausgesetzt sind.

3. Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und demokrati-

scher Institutionen

Zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Migrationsgesellschaften arbeiten, sollten besonders unterstützt werden, da sie oft mit einzigartigen Formen des Rechtsextremismus konfrontiert sind, die durch globale und kulturelle Verflechtungen beeinflusst werden. Diese Organisationen sind entscheidend für die Entwicklung von zielgerichteten Interventionsstrategien, die die spezifischen Bedürfnisse und Kontexte der von ihnen betreuten Communities berücksichtigen.

Fazit: Herausforderungen und Perspektiven

Die Globalisierung und die Internationalisierung von Ideologien bedeuten, dass rechtsextreme Narrative und Bewegungen zunehmend grenzüberschreitend agieren. Dies erfordert eine flexible und adaptive Herangehensweise in der Bekämpfung solcher Ideologien, die sowohl lokale als auch globale Kontexte berücksichtigt. Insbesondere in Migrationsgesellschaften müssen Interventionen und Bildungsprogramme speziell angepasst werden, um den diversen und oft komplexen Realitäten dieser Communities gerecht zu werden.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus bleibt eine multidimensionale Herausforderung, die sowohl präventive als auch reaktive Maßnahmen erfordert. Die Einbindung aller gesellschaftlichen Ebenen, von lokalen Gemeinschaften bis zu internationalen Organisationen, ist entscheidend, um eine umfassende und dauerhafte Lösung zu fördern. Letztlich muss das Ziel sein, eine Gesellschaft zu unterstützen, die nicht nur tolerant, sondern aktiv engagiert und widerstandsfähig gegenüber den sich wandelnden Formen des Extremismus ist.

Literaturempfehlungen

- Benz, Wolfgang. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz. Rowohlt Taschenbuch, 2019.
- Funke, Hajo. Rechtsextremismus: Geschichte und Struktur. Rowohlt Taschenbuch, 2015.
- Häusler, Alexander, und Fabian Virchow, Herausgeber. Rechtsextremismus in Deutschland. Springer VS, 2017.
- Heni, Clemens. Rechtsextremismus: Was man wissen muss. Rowohlt Taschenbuch, 2019.
- Jesse, Eckhard, und Tom Thieme. Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik: Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen.

Springer VS, 2014.

- Kramer, Stephan. Das Netzwerk des Terrors: Wie der Rechtsextremismus sich neu erfindet. Piper Verlag, 2020.
- Maegerle, Anton. Die Identitären: Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Unrast Verlag, 2019.
- Pfahl-Traughber, Armin. Rechtsextremismus: Eine Ideologie im Wandel. Leske + Budrich, 2001.

Podiumsdiskussion: Demokratiefeindlichkeit in Deutschland

Zu diesem Thema fand am 18. März 2024 online ein Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, dem Dipl. Theologen, Publizisten und Geschäftsführer der gemeinnützigen Strategieberatung „Demokratie in Arbeit“, Stephan Anpalagan sowie mit dem in der Extremismusprävention tätigen und auf Social Media aktiven Pädagogen Navid Wali statt. Das Gespräch moderierte Eren Güvercin, Projektleiter von „MuslimDebate 2.0 – Gesellschaft gemeinsam gestalten!“ und Mitgründer der Alhambra-Gesellschaft.



Eingeleitet wurde die Podiumsdiskussion von Eren Güvercin mit der These, dass die Aktivitäten unterschiedlichster Akteure, mit Verschwörungsnarrativen und Desinformationskampagnen demokratiefeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung zu schüren und damit das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat zu erschüttern, in den vergangenen Jahren zugenommen haben. Deren Agitation richte sich gegen fundamentale Prinzipien der Demokratie: gegen universelle Menschenrechte, gegen die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen und gegen den Schutz von Minderheiten. Rechtsextreme, Rechtspo-

pulisten, aber auch islamistische Akteure versuchten, mit ihren demokratiefeindlichen Narrativen, in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen.

„Demokratie in Arbeit“, ist bezeichnenderweise der Name der Unternehmensberatung, deren Geschäftsführer Stephan Anpalagan ist. Er führte aus, dass Demokratie nicht einfach gegeben sei. Sie erfordere Engagement und Arbeit und es sei gelegentlich sehr anstrengend, sich demokratisch zu beteiligen, insbesondere sich zivilgesellschaftlich gegen Demokratiefeindlichkeit, Verschwörungsnarrative und Desinformation einzusetzen. Gleich-

zeitig sei Demokratie irgendwie immer „in Arbeit“, sie sei kein erstarrtes und eingefrorenes System, sie befinde sich immer in Bewegung, also in einem Prozess, der wahrscheinlich nie an ein Ende gelangt.

Wenn nun konstatiert werde, dass sich die Demokratie aufgrund eines spürbaren Rechtsrucks in der Gesellschaft in einer Krise befindet, dann müsse man sich nach Mirjam Wenzel bewusst sein, dass wir gegenwärtig in Zeiten einer Polykrise leben: Klimakrise; zwei Kriege (Ukraine und Gaza), die jüdisches Leben in der Gegenwart massiv tangieren; inflationsbedingte ökonomische Krise; Krise im Anschluss an die Bewältigung der Corona-Pandemie. In Krisenzeiten, die immer auch Demokratiekrisen seien, nehme Antisemitismus immer zu, so ihre These. Menschen suchten in Krisenzeiten einfache Antworten und Erklärungen. Aktuell sei jedoch auch problematisch, dass mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck auch Veränderungen der geschichtspolitischen Agenda einhergehen. Zwar sei zu würdigen, dass in der deutschen Erinnerungskultur die Erinnerung an die Shoa und die Verantwortlichkeiten für begangenes Unrecht im Zentrum stehen, doch werde aktuell dieses Geschichtsbewusstsein angegriffen. Ein unterkomplexer Umgang mit Multikrisen verbunden mit einem Anwachsen von Verschwörungserzählungen habe einen deutlichen Anstieg des Antisemitismus zur Folge und diese Entwicklungen bedrängten und gefährdeten gegenwärtig jüdisches Leben.

Navid Wali reagierte auf seine Vorstellung als ‚in Deutschland lebender Muslim‘ und erklärte, dass er auch als ‚ein deutscher Muslim‘ hätte bezeichnet werden können. Diese Formulierungen

konfrontierten ihn mit einer sich wiederholenden biographischen Erfahrung, auf das Grundgesetz hingewiesen zu werden („man lebe schließlich in Deutschland“), wenn es eigentlich darum gegangen wäre, die Komplexität eigener Erfahrungen, den eigenen religiösen Hintergrund zu respektieren und ihn nicht lediglich als Menschen zu betrachten, der sich hier zu assimilieren habe. Allerdings sei auch zutreffend, dass die Hassprediger auf den verschiedenen Online-Portalen ein sehr verzerrtes Bild des Islam gezeichnet haben. Er frage sich jedoch auch, weshalb die jungen, engagierten deutschen Muslime in der Öffentlichkeit kaum sichtbar sind. Diese Überlegungen führten ihn zu der Frage nach einer deutschmuslimischen Identität und ob eine muslimische Identität nicht einfach nur ein Teil mehrerer Identitäten ist. Für ihn sei wichtig, dass man die Beschäftigung mit identitätsstiftenden Themen nicht den Gruppierungen überlassen darf, die vereinfachende, verzerrte und unzulängliche Lösungen anbieten. Immer noch gebe es Gruppierungen, die die Demokratie als Götze bezeichnen oder für die völlig klar ist, dass ein sich säkular verstehender Muslim auf keinen Fall ein Muslim sein kann. Neben solchen extremen Gruppierungen gebe es zudem eine große Zahl muslimischer Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen gegenüber der Demokratie sehr zurückhaltend sind, z. B. weil sie negative Erfahrungen mit Möglichkeiten der Partizipation in der Gesellschaft gemacht haben. In seiner praktischen Arbeit mit muslimischen Jugendlichen erlebe er oft, dass auf die Frage: „Siehst du dich als ein wichtiger Teil der Gesellschaft?“ kaum jemand mit "Ja" antwortet. Oft sei auch ein "Nein" zu hören, nicht selten mit einem deutlich pessimistischen Unterton. Diese schwierigen Entwicklungen aufzugreifen und zu bearbei-

ten, sei das Ziel seiner pädagogischen Arbeit.

Die sogenannte Mitte gilt in zahlreichen Diskursen als stabilisierender Faktor einer demokratischen Gesellschaft. Nun zeigen verschiedene Studien, dass „die Mitte“ immer häufiger für rechtspopulistische und demokratiefeindliche Narrative anfällig ist. Wie sind diese Tendenzen zu erklären? Stephan Anpalagan bezweifelte, dass die gesellschaftliche Mitte gegenwärtig für rechtsextreme und rechtspopulistische Narrative anschlussfähiger sei als früher. Er verwies darauf, dass in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder auch von prominenten Akteuren aus der Mitte der Gesellschaft rechtspopulistische und rassistische Positionen artikuliert worden sind. Als ein Beispiel verwies er auf das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“, das zum meist verkauften Sachbuch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik avanciert ist. Zudem zeigten Studien, dass 20 % der Befragten antisemitisches und 30 % rassistisches Gedankengut äußern. Für Anpalagan sind die aktuell zu beobachtenden Entwicklungen nicht neu. Neu sei lediglich, dass diese durch die Sozialen Medien wirkungsvoll orchestriert würden.

Er merkte an, dass rechtsextremes Gedankengut offensichtlich eine hohe Attraktivität für große Gruppen der Gesellschaft besitzt. Dessen Anziehungskraft bestünde darin, dass Aussagen und Forderungen nie einen selbst betreffen, denn Andere und Fremde würden als Schuldige und Verantwortliche für akute Krisen betrachtet. Diese Form der Externalisierung hätte die Funktion, dass man sich selbst nicht verändern oder sich nicht auf eventuell langwierige Prozesse einlassen muss, um einen beklagten Zustand zu verbessern. Die Popularität der von Extremisten und Fundamentalisten jeglicher Couleur propagierten Forderungen und Lösungen bestünde in ihrer Einfachheit. Aktuelle gesellschaftliche Probleme scheinen ohne weitergehende

und differenzierte Analysen schnell und einfach zu bewältigen zu sein. Völlig übersehen werde dabei, dass in einer komplexen Gesellschaft mit vielschichtigen Verflechtungen solche einfachen Lösungsstrategien nicht funktionieren.

Mirjam Wenzel wurde auf persönliche Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Lesung in Berlin angesprochen. Bei dieser Lesung sollten verschiedene Personen Kapitel aus dem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Hannah Arendt vorlesen. Nach massiven Störungen durch propalästinensische Aktivisten musste die Veranstaltung abgebrochen werden. Miriam Wenzel wurde gefragt, ob sie in solchen Erfahrungen eine neue Verschärfung der Auseinandersetzungen sehe, wo es nicht mehr darum geht, unterschiedliche Positionen zu artikulieren und zu erklären, sondern man sich nur noch bis hin zu persönlichen Bedrohungen feindlich gegenübersteht.

Zunächst beschrieb sie das Spezifikum solcher Konfrontationen. Immer wenn es zu Konflikten zwischen Israel und dem Westjordanland oder zwischen Israel und der Hamas komme, hätten diese Auswirkungen auf die jüdische Gemeinschaft insgesamt. Jüdische Menschen in Deutschland, aber auch anderswo, würden z. B. wegen der Kriegsführung Israels beschuldigt. Es handle sich dabei um eine oft anzutreffende strukturelle Projektion, die antisemitisch sei, weil hier jüdische Menschen insgesamt für das Regierungshandeln Netanyahus verantwortlich gemacht würden.

Auch um den aktuellen Konflikt zu verstehen, müsse man sich bewusst machen, dass Jüdinnen und Juden auf diesem Territorium seit Jahrhunderten leben und dass sie während des Nationalsozialismus und nach der Shoa in dieses Territorium geflohen sind, um einer drohenden Vernichtung zu entgehen. In der Psy-

chologie jüdischer Menschen sei Israel deshalb so etwas wie eine Art Lebensversicherung, gerade in Zeiten eines ansteigenden Antisemitismus. Mirjam Wenzel beobachtete eine fortschreitende Dämonisierung Israels, die der Pluralität und der Demokratie der israelischen Gesellschaft nicht gerecht werde. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sei zwar durch die gegenwärtige Regierung gefährdet, doch gebe es eine starke Demokratiebewegung in Israel und auch massive Proteste gegen die Kriegsführung. Diese Kritik an der Kriegsführung würde nicht wahrgenommen und es habe sich eine hochaggressive Schwarz-Weiß-Polarität entwickelt, durch die man für Argumente nicht mehr zugänglich ist. Es sei selbstverständlich, dass die israelische Kriegsführung zu kritisieren ist, doch man müsse ebenso begreifen, dass der Überfall der Hamas am 7. Oktober zu einer Retraumatisierung von Jüdinnen und Juden geführt habe, denn dieser brutale Angriff habe sie mit einem unbändigen Vernichtungswillen konfrontiert. Gerade in einem Land, das Auschwitz erfunden habe, müsse es möglich sein, das zu thematisieren, ohne dass dies als Rechtfertigung für die aktuelle israelische Kriegsführung wahrgenommen werde.

Am Beispiel aktueller Debatten schilderte Navid Wali die zurückhaltende Bewertung der liberalen Demokratie durch muslimische Jugendliche und die Faszination eines Kalifats für kleinere Gruppen. So habe die Medienberichterstattung über eine kaum erwähnenswerte Ramadanbeleuchtung in einer kleinen Straße Frankfurts oder über den Bericht des von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkreises Muslimfeindlichkeit zweifellos nicht dazu beigetragen, das Vertrauen junger Muslime in die liberale Demokratie zu stärken. Diese Vorgänge würden zeigen, dass man Empfindungen der muslimischen Community nicht respektiere und viele Politiker:innen keine Berührungspunkte mit die-

ser Community hätten.

Sicherlich seien Menschen mit Migrationshintergrund eine Zielgruppe der AfD, doch diese Partei habe sich für eine smartere Strategie entschieden und nutze dazu vor allem die Sozialen Medien. Ein Austausch über diese Kanäle funktioniere aus seiner Sicht vor allem deshalb, weil etablierte Politikformate insbesondere junge Muslime nicht erreichten. Denn sie stellten vor allem negativ besetzte Themen im Kontext des Islam in den Vordergrund. Dieses Publikum werde von anderen Inhalten angesprochen. Etwa dem TikTok-Video eines Neo-Nazis, der sich mit einem Rapper aus der muslimischen Community zu einem skurrilen Austausch trifft und dabei behauptet, dass er kein Problem mit dem Islam habe, denn man habe einige Gemeinsamkeiten z. B. ein konservatives Familienbild und hohe moralische Werte wie Stolz und Ehre.

Aufgrund aktueller Entwicklungen hätten im islamistischen Bereich jedoch vor allem Politsekten großen Zulauf, zu der u. a. die Gruppe ‚Realität Islam‘ gehört. Von dieser würden täglich unreflektiert die Todeszahlen aus Gaza gepostet und damit eine massive Emotionalisierung angestrebt. Es gehe darum, die Jugendlichen für einfache Denkmuster empfänglich zu machen. In diesem Kontext sei auch erschreckend, wie groß die Resonanz in den Sozialen Medien auf den 100sten Jahrestag der Abschaffung des Kalifats gewesen ist. Das junge Publikum werde durch solche Inhalte indoktriniert, ohne hinreichende historische Kenntnisse zu haben, um dieses Ereignis einordnen zu können. Navid Wali deutete den gegenwärtigen Zulauf zu dieser Kalifatsbewegung als Versuch, eine Alternative zu liberalen Demokratien zu propagieren, um damit auch die verloren geglaubte "Würde der Muslime" wieder herzustellen.

Im Gespräch wurde aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Die distanzierte Mitte 2023) zitiert, wonach lediglich 25 % der Wählerinnen und Wähler der AfD das Weltbild dieser Partei teilen. "Weshalb wird diese Partei aber auch von Wähler:innen gewählt, die ihr propagiertes Weltbild nicht teilen?" Ist es Frust, Unzufriedenheit oder hängt das auch damit zusammen, wie in den Medien gesellschaftliche Debatten geführt und zugespitzt werden? Stephan Anpalagan verdeutlichte an "zwei Beispielen", auf welche Meldung die Leser:innen am stärksten reagieren und welches Thema deshalb die größere öffentliche Resonanz erhält und dadurch auch bei der Berichterstattung priorisiert wird: Die Entscheidung einer Chefredaktion, künftig alle Beiträge in der Zeitung zu gendern. Und die Nachricht über die Veröffentlichung der Missbrauchsstudie der Evangelischen Kirche.

Er legte dar, dass eigentlich auf die Missbrauchsstudie ein Aufschrei hätte folgen müssen. Sie hätte mehr öffentliche Resonanz finden und massive gesellschaftliche, politische und strafrechtliche Maßnahmen zur Folge haben müssen. Doch der massive Shitstorm wegen der Entscheidung der Redaktion, künftig zu gendern, habe die Debatte über den Missbrauch wieder aus der Öffentlichkeit verdrängt. An diesem Beispiel lasse sich zeigen, wie die ökonomischen Mechanismen der Medienlandschaft im Zusammenwirken mit den Vorlieben der Rezipienten maßgeblich die Agenda der Medien bestimmen. Aus seiner Sicht führe diese Entwicklung dazu, dass die gesellschaftlichen Diskurse mit Unsinn und Quatsch verstopft werden. Wir beschäftigten uns mit

Dingen, die uns von den wirklichen Problemen ablenken. Dabei gebe es noch sehr viel für eine plurale, vielfältige und progressive Demokratie im 21. Jahrhundert zu tun.

Mirjam Menzel unterstrich noch einmal die Kontinuität von Gewalt gegen Juden, gegen Menschen, die als anders wahrgenommen werden in der deutschen Gesellschaft. Dabei sei man sehr schnell beim Thema Rassismus. Es sei eine Lebenslüge der bundesdeutschen Gesellschaft, dass mit der sogenannten Entnazifizierung nach 1945 der Antisemitismus verschwunden sei. Es habe z. B. in den 1950er-Jahren zahlreiche antisemitische Aktionen gegeben, viele antisemitische Morde seien zu beklagen, überwiegend aus rechtsextremistischen Kreisen - aber auch von linksextremistischer Seite, wie bei dem Anschlag in den 1960er Jahren in München, dem Holocaustüberlebende zum Opfer gefallen sind. Um Lösungen für die komplexen Gewaltzusammenhänge zu finden, müssen die strukturellen Zusammenhänge genauer in den Blick genommen werden. Und genau das müsse auch die Aufgabe von Kultureinrichtungen sein. Diese hätten die Voraussetzungen, um Menschen, zu einem Prozess der Selbstreflexion zu animieren. Kultureinrichtungen würden jedoch als bürgerliche Orte wahrgenommen. Sie müssten auch einladender für diejenigen sein, die diesen Einrichtungen distanzierter gegenüberstehen. Kultureinrichtungen hätten damit eine große Chance aber auch eine große Verantwortung, demokratiebildend zu wirken. Sie könnten unterschiedliche Menschen mit verschiede-

nen Perspektiven miteinander in Verhandlung bringen und einen Raum eröffnen, in dem man sie miteinander in Beziehung setzt. Schließlich wurde die Beobachtung angesprochen, dass bei den zahlreichen Demonstrationen für die Demokratie, die auf die Recherchen über ein Treffen rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur:innen folgten, relativ wenige Menschen mit Migrationsgeschichte sichtbar waren. Navid Wali schilderte hierzu seine Erfahrungen aus Gesprächen mit jungen Muslimen: Sie hätten sich bei den Demonstrationen unwohl gefühlt und diese als „weißes Privileg“ empfunden. Sie hätten gespürt, dass sie bestimmte Erwartungen erfüllen müssen, um Teil der Demonstrationen zu sein. Viele hätten sich gewünscht, dass es auch nach dem Anschlag in Hanau 2020 zu solchen großen Demonstrationen gekommen wäre. Man dürfe jedoch nicht unterschätzen, dass viele muslimische Jugendliche in ihrer Sozialisation zahlreiche diskriminierende Erfahrungen gemacht und sich auch teilweise der Gesellschaft entfremdet hätten. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass aus religiösen Gründen gegenüber Demonstrationen eine gewisse Skepsis bestehe, werde es wohl noch lange dauern, bis man bei bestimmten Ereignissen als muslimische Community sich entschließt, gemeinsam auf die Straße zu gehen und ein Zeichen zu setzen.



Handreichung zum Thema
Demokratiefeindlichkeit in Deutschland - Zwischen
Verschwörungsideologien und Desinformation

www.muslimdebate.de